

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: **Joh. Scherr.**
Redaktion und Expedition: **Stuttgart, Rüststraße 16a parz.**
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinferate finden keine Aufnahme.

Zuchthäusler und Wucherer.

Wir meinen mit den Zuchthäuslern nicht ehrliche Arbeiter, die die giftgeschwollenen Feinde und Verschwörer der Arbeiterklasse durch ein neues Ausnahmengesetz im Rahmen des gemeinen Gesetzes zur Strafe für die Wahrnehmung ihrer Lebensinteressen ins Zuchthaus bringen wollen, sondern wir meinen damit diese Arbeiterfeinde selbst, die der innere Feind des arbeitenden Volkes sind. Man sollte diesen gewissenlosen und dardarischen Arbeiterfeinden mit glühendem Eisen auf die Stirne das Brandmal Zuchthäusler drücken, um sie als den Auswurf der Kulturmenslichkeit zu kennzeichnen und so alle ehrlichen Menschen vor ihnen zu warnen! Es gehört die tiefste Stufe sittlicher Verkommenheit und Verwilderung dazu, jahrelang mit Lüg und Trug zu heizen und zu schüren, um die Entrechtung und Verflüchtung der bestlosen Volksgenossen herbeizuführen, die mit ihrer Keuschheit, nie ruhenden und schlecht entlohnten Arbeit das ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsgetriebe erhalten; die als millionenföhriger moderner Herkules den ganzen Gesellschaftsbau auf ihren mächtigen Schultern tragen; die die Schöpfer aller Reichtümer und Kultur und in unermesslicher Weise selbst die Ernährer derer sind, die an ihrem Untergang arbeiten.

Was ist dein Wert, o sprach!
Was, aber nichts für dich!
Und nun allem nur allein
Schmiedest du dir die Kette dein.

Singt **Georg Herwegh** in seinem bekannten Arbeiterliede „Arbeit und Arbeit“. Und er charakterisiert ferner das verächtliche, feibole Gebaren ihrer Feinde, wenn er den Arbeitern zuruft:

Was ihr Arbeit und begehrt,
Tritt auf euch voll übermut!

In der Tat! Soll es schon Zuchthäusler geben, dann hinein in die Zuchthäuser mit den Elementen in den bestehenden und herrschenden Klassen, die nichts als Drohnen und Schmarotzer der menschlichen Gesellschaft sind und von der Arbeit ihrer bestlosen Nebenmenschen leben und sich bereichern oder ihre Reichtümer weiter erblos vermehren; mit den Elementen, die unter dem äußeren Schilde von Kultur und Bildung verborgen geblieben sind und sich nie zu wahren Menschentum erheben können; mit den Elementen, die mit ihrem inneren kulturellen Tiefstande Gefallen daran finden, ihre bestlosen Mitmenschen für alle Ewigkeit in der sozialen Mierigkeit zu erhalten, zu ewiger Knechtschaft zu verdammen, zu drücken und zu quälen und ihnen für ihre wertvollste und unentbehrlichste Arbeit kaum das trodene Brot in genügender Menge zu gönnen.

Ins Zuchthaus auch mit den Streikbrechern, die aus Wollust und Übermut ehrliche Arbeiter niederstrecken oder niederstehen, die gegen ein gewalttätiges und brutales, barbarisches Ausbeutertum für mehr Brot, Luft und Licht, für Kultur und Menschwerdung kämpfen; ins Zuchthaus mit den Verrätern an ehrlichen Arbeitern, die, selbst Sklaven, die gesamte deutsche Arbeiterklasse in ihren Sumpf moralischer Verkommenheit herabziehen wollen.

Das sind die Zuchthäusler und Zuchthauskandidaten, die Barboren von oben und unten, die die ganze Kultur in Frage stellen und nur die Aussicht auf eine Zukunft des Verfalls und des Untergangs eröffnen.

Die neue, von langer Hand vorbereitete Zuchthausaktion der Raubritter von Holm und Schlot dient neben der Verflüchtung der Arbeiter als Ausbeutungsobjekte auch der Durchsetzung der neuen Zollwucherpläne der Agrarier, die neben dem Zentralverband deutscher Industrieller mit Einschluß des neugegründeten „Kartells der Beschäftigten (freistehender) Arbeit“ die Hauptheber gegen die Arbeiter und die Hauptmacher der ganzen Zuchthausaktion sind.

Unsere Feinde arbeiten nach bestmöglicher Vorbildern. Immer, wenn sie einen neuen Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes vorhaben, betreiben sie auch seine politische Knebelung. Das Sozialistengesetz von 1878 war die schandbare Einklinkung der Bismarckschen Schutzpolitik, die Knebelung und Vereubung der Arbeiter zugleich, genau so, wie es die Straßendrücker machen und die weggelegenden Raubritter, die verbrecherischen Vorfahren und Ahnen der Junker von heute, trieben.

Die Ablösung der Caprivischen Zollmehrsatzperiode wurde eingeleitet mit der Umfurchvorlage von 1894, die erst nach heftigsten Kämpfen, die das ganze deutsche Volk in Bewegung brachten, verhängt werden konnte.

Dann versuchte die junkerliche Reaktion in Preußen allein in Gestalt eines lichtschweren Volksschulgesetzes und ferner in der Form eines vormärzlichen Vereinsgesetzes die Arbeiter zu entrechtchen, um sie wehrlos mit dem Zollwucher ausplündern zu können.

Die Zollkampagne von 1902 wurde eingeleitet mit der Zuchthausvorlage von 1899, die die Bahn für den verstärkten neuen Zollwucher frei machte. Auch sie wurde verschärft, und bisher sind die immer offen oder stillschweigend verbündeten Schlot- und Krautpinker nicht müde geworden, Zuchthausgesetz, Arbeitswilligkeits-, Umfurchvorlage, die schließende Platte und den hanebuten Säbel gegen die Arbeiter zu fordern. Immer die konterbative-junkerliche-agrarische Partei, der Bund der Landwirte, der Zentralverband deutscher Industrieller, Mittelstandsvereinigungen, Handwerker- und Zimmertage, Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung, Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, Die Post und ähnliche Zeitungen des Umfurches von oben an der Spitze.

Und nun geht es wieder auf die neue Zuchthaus- und Zollkampagne zu gleicher Zeit los. In vier Jahren, 1917, laufen die bestehenden Handelsverträge ab, müssen sie erneuert werden, und diese Gelegenheit wollen die modernen Raubritter zu neuen Raubzügen auf die Taschen der Konsumenten benutzen.

Es sollen bestehende Zölle weiter erhöht und neue hohe Zölle auf bisher zollfreie Gegenstände und Lebensmittel, so besonders auf Kartoffeln, Gemüse, Milch, Fische etc. eingeführt werden. Der läckenlose Zolltarif ist das Ziel der bevorstehenden neuen Zollkampagne, für die wahrscheinlich im Reichsamte des Innern die neue Zollwucher der Ausfertigung fertig ist.

Also Zuchthäusler und Wucherer, ein eitles Zwillingenpaar, das die Zuchthausaktion und die Verschärfung der Ausplünderung des bestlosen Volkes gleichzeitig betreibt. Ueber dem Zuchthausgesetz soll der neue Zollwucher der Aufmerksamkeit der gesamten öffentlichen Meinung entzogen, es soll so der eine Plan wie der andere durchgeführt und in der kommenden neuen Periode die Arbeiterklasse daran gehindert werden, sich für den Lebensmittlwucher durch Lohnerböhrungen teilweise schadlos zu halten.

Keine Abwälzung des Wuchers mehr! Der Arbeiter soll ihn mit seinen Hungerlöhnen bezahlen, und je schlechter es ihm dabei geht, um so besser für die Raubritter, denn dann ist seine Energie und Widerstandskraft gebrochen, dann haben sie ihn da, wo sie ihn haben wollten, dann triumphieren sie mit dem Regensburger Bischof: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!

Arbeiter, rafft euch auf, wehrt euch für euer Leben, für die Zukunft von euch und euren Familien, kämpft für die heiligsten Güter des Proletariats!

Die Gelben und die Arbeitslosenunterstützung.

Bisher waren die Gelben Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Als am 17. November 1908 auf Veranlassung vom bayerischen Ministerium des Innern in München eine Besprechung über die Arbeitslosenversicherung stattfand, sagte der Augsburger Obergelbe Chatelet:

„Ein Notstand besteht nicht. Wer Arbeit finden will, findet sie. Die gelben Gewerkschaften sind gegen eine Arbeitslosenversicherung; die Arbeiter müssen sich mit den Arbeitgebern halten.“

Als im vorigen Monat in Elberfeld die Gewerkschaften sämtlicher Richtungen eine Eingabe an die Stadtverwaltung um Errichtung einer Arbeitslosenversicherung gemacht hatten, hatte die Stadtverwaltung verschiedene Gutachten darüber ein. Damals schrieb der Geschäftler der Elberfelder Handelskammer unter anderem, „daß die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ohne Zweifel die in erfreulichem Fortschreiten begriffene Werbervereinbewegung wesentlich beeinträchtigen würde“.

Nach im vorigen Jahre schrieb der Bund (Nr. 45):

„Das Kennzeichen unseres Wirtschaftslebens ist selbst bei sinkender Geschäftslage weit eher Arbeitermangel als Arbeitslosigkeit. Und insbesondere der ruhige und zuverlässige Teil der Arbeiterklasse, der in der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung organisiert ist, hat von der Arbeitslosigkeit kein all-gemeines ... weniger zu fürchten. Dieser Teil der deutschen Arbeiterklasse gerade, also der gesunde und leistungsfähigste (?), hat kein so großes Interesse daran, sich mit Beitragsleistungen für eine staatliche Arbeitslosenversicherung (Red.) zugunsten der unruhigen Elemente der Streikgewerkschaften zu belasten.“

Diese Ansicht ist vom ursprünglichen gelben Standpunkte aus nur folgerichtig. Die Gelben rechnen darauf, daß der Unternehmer sich ihnen dankbar dafür erweisen werde, daß sie darauf verzichteten, dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwingen, als er ihnen gutwillig zugestehen will. Das bedeutete gleichzeitig einen so gut wie völligen Verzicht auf die Vertretung der eigenen Angelegenheiten der Arbeiter. In Augsburg erlangte die „gelbe Bewegung“ zuerst etwas Bedeutung, hauptsächlich dadurch, weil der Oberleiter der Maschinenfabrik Augsburg-Mürnberg ein sehr reicher Mann ist, der gegen die Arbeiterbewegung einen grimmigen Haß hegt. Aus diesem Grunde kam es ihm nicht darauf an, dem gelben Verein in seinem Betriebe wiederholt größere Summen zu spenden. Infolge dieser Spenden konnte man den Arbeitern, die sich aus Angst oder Urteilsumfähigkeit dem gelben Verein anschlossen, für einen lächerlich niedrigen Beitrag große Unterstützungen versprechen. Auch konnte man wohl annehmen, daß in diesem großen Betriebe auch bei stauer Geschäftszzeit immer noch genügend Beschäftigung für solche Arbeiter vorhanden sein muß, die sich bei flottem Geschäftsgange stets als artige Kinder erwiesen haben. Was Wunder also, daß dort der „Werberverein“ bald einen ziemlich großen Zulauf erhielt. Ähnlich lag die Sache in verschiedenen anderen Orten, besonders in einigen Berliner Eisenbetrieben.

Diese Beispiele wurden nachgeahmt und es fanden sich in vielen kleineren Betrieben Strahmänner unter den Arbeitern, die sich nicht scheuten, durch Gründung von „Werbervereinen“ die Geschäfte des Unternehmertums zu besorgen. Nun zeigte sich aber auch bald das Unnatürliche in der ganzen „gelben Bewegung“. Solange diese nur klein war, hatte sie fast gar keinen Einfluß und bei den Wahlen zu den Gewerbeämtern, den Vertretern in den Krankenkassenvorständen konnten sie nur wenig unternehmerfreundliche Tätigkeit entfalten. Wo nun aber die gelben Vereine eine größere Zahl von Mitgliedern hatten, vernehten sich natürlich auch deren Ansprüche an die Klassen, und da die gelben Mitglieder hauptsächlich durch die niedrigen Beiträge angelockt worden waren, so mußten die Unternehmer wohl oder übel tiefer in die Taschen greifen. Gewiß hat mancher Unternehmer dies „Opfer“ durch kräftige Lohnrückere auf die durch die „gelbe Bewegung“ wehrlos gemachte Arbeiterklasse wieder erbracht. Es ist aber doch die Frage, ob dies auf die Dauer so weitergehen wird.

Nach etwas anderes hat sich gezeigt. Die „gelbe Bewegung“ entstand während der vorigen Krise. Als dann der Geschäftsgang sich besserte, minderte sich auch der Zustrom von Mitgliedern. Man konnte da gelegentlich auf gelber Seite den Ausdruck hören: „Die

gute Konjunktur ist daran schuld, daß wir keinen großen Zuwachs haben; sowie sie schlechter wird, werden schon neue Mitglieder kommen.“ Man rechnete eben darauf, daß die Arbeiterklasse die gelben Vereine als einen Schutz gegen die Arbeitslosigkeit betrachten sollte. Dies geschieht auch ohne Zweifel bei der Mehrzahl der Arbeiter — soweit sie ohne Zwang eintreten. Nun zeigt sich aber schon nach kurzer Zeit schlechten Geschäftsganges, daß die gelbe Mitgliedschaft zum Schutze vor Arbeitslosigkeit nicht ausreicht. Es müssen sogar schon recht viele Werbervereinsmitglieder arbeitslos sein. Der Bund schreibt im Leitartikel seiner Nr. 49:

„Obgleich sich die Werbervereins-Arbeitsnachweise mit Erfolg bemühen, ihren arbeitslosen Mitgliedern so schnell als möglich wieder neue Arbeitsstellen zu verschaffen, ist es doch nicht immer möglich, insbesondere ungelernete Arbeiter, in einer Zeit wie der jetzigen, wieder in neue Arbeitsstellen zu bringen. Ja, es ist sogar der Fall dagewesen, daß Werbervereinsmitglieder, infolge des Konkurses der betreffenden Firma, bittere Zeiten der Sorge und der Arbeitslosigkeit durchmachen mußten.“

Das klingt anders, als man den Arbeitern früher vorgemacht hat, als es sich darum handelte, daß sie ihre in den Gewerkschaften erworbenen Rechte in den Wind schlagen und auf den gelben Leitern trödeln sollten. Noch die Nr. 38 des Bund von diesem Jahrgange trug folgenden „schönen“ Merkspruch am Kopfe:

„Durch Eintracht zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu vereinen, für jeden fruchtbringender Arbeit!“

Und weiter:

„Durch Erwerbung von Eigentum und Besitz zu wahrer Freiheit und Selbständigkeit der Arbeiter!“

Wie weit ist die Mitgliedschaft der gelben Vereine schon zu „Eigentum und Besitz“ gekommen? Wir meinen natürlich nicht Herrn Lebus, den sein Grundbesitz „Wer am meisten a hilt, der hat uns“ so weit gebracht hat, daß er 16 000 M. Jahreseinkommen versteuern und die antisemitische Staatsbürger-Zahlung aufkaufen kann. Vielleicht sind noch ein paar Mann in der „gelben Bewegung“ vorhanden, für die ihr Gewerbe sich in ähnlicher Weise als nahrhaft erwiesen hat. Wie ist es aber mit der Mitgliedschaft? Es ist wohl kein Zufall gewesen, daß die eben angeführten Merksprüche von der folgenden Nummer an vom Kopfe des Bund verschwunden sind.

Es bestätigt sich das, was wir über die „gelbe Bewegung“ schon früher gesagt haben: Vorteilhaft kann sie nur für die Hauptmacher sein; der Masse ihrer Mitglieder wird sie die Gewerkschaften nie ersetzen können. Es zeigt sich schon jetzt, daß die Mitglieder (höchstens einen kleinen Teil ausgenommen) schon in der ersten Zeit der Krise nicht vor Arbeitslosigkeit schützen kann. Wie soll es dann werden, wenn der schlechte Geschäftsgang andauert?

Die Obergelben fürchten darum nicht mit Unrecht, daß die Mitglieder ihnen ausreizen, oder daß doch mindestens die Arbeitslosen bei Wiedereröffnung sich für den Eintritt in den Werberverein bedanken werden. Man will sie nun zu halten versuchen und deshalb muß die Arbeitslosenunterstützung her. Für diese soll der erwähnte Leitartikel im Bund denn auch Stimmung machen. Als weiterer Umstand kommt noch hinzu, daß die Gelben vom Genter System Nutzen haben möchten, das in einigen Städten schon eingeführt ist, und in weiteren Städten wohl noch eingeführt wird. Es heißt in dem Artikel:

„Zweifellos bestehen also gegen das sogenannte Genter System der Arbeitslosenversicherung ernste und gewichtige Bedenken. Aber wenn nun einmal die Stadtverwaltungen nach dem Vorgange Schönebergs und anderer Städte in wachsender Zahl zur Einführung des Genter Systems übergehen, so können auch die Werbervereine sich nicht der Pflicht entziehen, durch Errichtung eigener Arbeitslosen-Unterstützungskassen rechtzeitig Vorzüge zu treffen, daß auch den Werbervereinsmitgliedern dieselben Vorteile aus den städtischen Leistungen aufgehen, wie den Mitgliedern aller anderen Verbände.“

Die Ausführung des Vorschlages denkt der Kritiksreiber sich so, daß die örtlichen Werbervereinskartelle Arbeitslosen-Unterstützungskassen errichten sollen. Die einzelnen gelben Vereine können dies nicht, denn „gemäß den Grundideen der Werbervereinsorganisation erlischt die Mitgliedschaft im Werberverein mit dem Aufhören der Beschäftigung in dem betreffenden Betriebe, für den der Werberverein gegründet ist“. Der Verfasser meint ferner, daß „die Werbervereinsmitglieder bei weitem nicht demselben Grade der Arbeitslosigkeit unterworfen sind wie die Mitglieder der Klassenkampf-Organisationen“. Er glaubt darum, daß die gelben Vereine mit einer wöchentlichen Beitragserhöhung von 10 % auskommen. Darüber ließe sich ja noch einiges sagen. Unsere in der Bewegung tätigen Kollegen haben jedoch Material darüber in Händen, wie weit die Vermutung des Verfassers zutreffen kann und können ja die anderen Verbandsmitglieder, die genaueres wissen wollen, aufklären. Wir wollen hier nur noch bezweifeln, daß die Mitglieder gelber Vereine der Arbeitslosigkeit weniger ausgesetzt sein sollen als die Gewerkschaftsmitglieder. Soweit bis jetzt Statistiken über die Arbeitslosigkeit vorliegen, werden die Gewerkschaftsmitglieder gewöhnlich nicht so sehr von ihr betroffen, wie die übrigen Arbeiter. Daraus vermuten wir, daß die Gelben mindestens ebenso viel arbeitslos sein werden wie die Gewerkschaftsmitglieder, wenn nicht noch mehr. Doch können wir dies ja abwarten.

Wir werden es nicht bedauern, wenn die Gelben zur Arbeitslosenunterstützung übergehen. Im Gegenteil hoffen wir davon, daß die Aussicht, im Falle der Arbeitslosigkeit nicht ganz mittellos zu sein, dazu dienen wird, einem großen Teil der immer noch nicht zu „Eigentum und Besitz“ gekommenen Werbervereinsmitglieder das Räddgratz zu härten, so daß sie sich vom Unternehmer nicht jobiel werden lassen wie bisher. Und das kann uns nur recht sein.

Metallarbeiterverhältnisse in Bayern.

I.

Während die kapitalistischen Schorfmacher fortwährend nach so genannten „Arbeitswilligen“ (tatsächlich „Unternehmern“) jähren und damit den Einbruch erwecken wollen, als ob das Kapital-Gewerbe, Industrie, Handel etc. nicht mehr weiterbetreiben könnte, gewinnt das gesamte Wirtschaftsleben fortgesetzt an Ausdehnung und Bedeutung; es sind nur Störungen, die im Kapitalismus selbst begründet liegen, wie Krisen, Kriege etc., die den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen.

So hat auch in Bayern im Jahre 1912 die gesamte, der Gewerkeinspektion unterstellte Industrie eine erhebliche Weiterentwicklung erfahren. Die Zahl der in Betracht kommenden Betriebe stieg 1912 von 34 699 auf 35 531, die Zahl der beschäftigten Personen von 587 534 auf 608 576, um 332 und 21 042. Die beiden Gruppen der Metall- und Maschinenindustrie erfahren im Jahre 1912 folgende Weiterentwicklung:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1912	1911	1912	1911
Betriebe	2422	2319	2251	2153
Erwachsene Arbeiter	33489	32280	74101	67251
Erwachsene Arbeiterinnen	15085	14283	5246	5002
Jugendliche	5983	5600	5881	5054
Männliche	4401	4174	5087	4701
Weibliche	1492	1426	294	353
Kinder	414	429	239	267
Knaben	297	297	18	252
Mädchen	117	132	21	15
Arbeiter zusammen	54971	52592	85067	77574

Es ist also eine weitere Vermehrung der Betriebe und der Arbeiter eingetreten. In der Metallindustrie haben die Betriebe einen stärkeren Zuwachs erfahren als in der Maschinenindustrie und umgekehrt ist in dieser die Zahl der Arbeiter stärker gestiegen. In beiden Industriegruppen ist die Zahl der Kinder zurückgegangen; in der Metallindustrie aber nur die der Mädchen und in der Maschinenindustrie die der Knaben, während sich hier eine Vermehrung der Mädchen ergeben hat. In der Hauptsache entfällt die Vermehrung in den beiden Industriegruppen auf die über 16 Jahre alten Arbeiter.

Ein Zuwachs an erwachsenen männlichen Arbeitern ist namentlich in den Bezirken München, Oberbayern (hier wurde eine neue Aluminiumfabrik errichtet), in der Nordpfalz (vom Zuwachs von 2290 erwachsenen Arbeitern überhaupt entfielen nahezu zwei Drittel allein auf die Metallindustrie, die einen außergewöhnlich guten Geschäftsgang hatte), in der Südpfalz (ein neues Emailwerk, ein Röhrenwerk und eine Kupferfabrik), in der Oberpfalz, in Nürnberg-Gürth (2443 Arbeiter mehr) und in Unterfranken eingetreten.

Von Zuwachs an erwachsenen Arbeiterinnen wird aus den Bezirken Nordpfalz (in den Nähmaschinenfabriken), Oberpfalz (in der Emailwarenfabrik) und Nürnberg-Gürth (namentlich in der Spielwarenindustrie) berichtet.

Die Zahl der Jugendlichen ist hauptsächlich gestiegen in den Bezirken München (in der Metallindustrie), Unterfranken (in der Metall- und Maschinenindustrie) und Schwaben (um 118 in den Maschinenfabriken).

Auch über die Kinderarbeit werden in mehreren Berichten Mitteilungen gemacht. In Niederbayern wurden gewerkschaftlich beschäftigte Kinder auch in Uhrmacherwerkstätten angetroffen. In Nürnberg-Gürth wurden 540 Kinder in gewerblichen Betrieben ermittelt, wovon 218 eigene und 151 fremde in gewerkschaftlich zulässiger Weise, 87 eigene und 84 fremde gegenwärtig beschäftigt waren. Gegenüber 1911 wurden 87 Kinder weniger beschäftigt. Auf die Metallindustrie entfielen 68 gewerkschaftlich beschäftigte eigene Kinder, 45 eigene und 2 fremde ungewerkschaftlich beschäftigte Kinder. Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz erfolgten in Nürnberg 4, in Gürth 5, in Höhe von 1, 3, 5 und 6 M. und in einem Falle mit zwei Tagen Haft, in allen Fällen auf Grund ortspolizeilicher Revisionen.

In Mittelfranken-Land ist die Zahl der in die behördlichen Verzeichnisse eingetragenen erwerbsfähigen vollschulpflichtigen Kinder von 616 im Jahre 1911 auf 906 im Jahre 1912 gestiegen, wovon 553 (389) eigene und 347 (227) fremde waren. Es ist also eine bedeutende Zunahme der Kinderarbeit eingetreten. 582 Kinder, wovon 364 eigene und 218 fremde, waren in gewerkschaftlich zulässiger Weise beschäftigt worden. Geradezu entsetzlich klingt die Mitteilung, daß Kinder während der Nachtzeit von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr beschäftigt wurden und wogegen die Behörden einschritten. Denn die Beschäftigung der Kinder von frühesten Jugend, dem 6. und 7. Lebensjahre an bis nachts 10 und 11 Uhr wurde bei den Revisionen ebenso

wie alle anderen hinsichtlich der Beschäftigungszeit und -dauer möglichen Verletzungen häufig genug festgestellt. Der Vollzug des Kinderschutzgesetzes erfordert noch viel Geduld und Arbeit, meint der Bericht weiter. Im Berichtsjahre wurden 9 Strafbefehlsurteile, meist wegen Beschäftigung zu unzulässigen Zeiten, veranlaßt. Das Beste wäre natürlich der ausnahmslose Ausschluß jeder Erwerbstätigkeit von Kindern, die in der Schule lernen und ihres jungen Lebens, der Natur und alles Schönen sich erfreuen sollten. Dafür spricht die Gewerbeinspektion ebenfalls, wenn sie weiter ausführt: „Vergegenwärtigt man sich jedoch die stundenlange, das Auge in hohem Grade in Anspruch nehmende gewerbliche Beschäftigung der Kinder in beengten, schlecht gelüfteten und mangelhaft beleuchteten Räumen, so kann der Abstieg des Gesehens, dieser frühen Entfaltung der Jugend mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuarbeiten, nur begehrt werden.“ Wie würde es mit der Entfaltung der Jugend aber erst werden, wenn nach dem Geschrei der Schorfmacher den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht geraubt und sie hilflos dem kapitalistischen Raubtier ausgeliefert würden! Da sähe die Zukunft nur noch ein Geschlecht von Zwergen und Pygmeen neben den größtentwahnsinnigen und völlig entarteten kapitalistischen Hebermenschen.

Mehrfach mußte auch gegen die maßlose und unbeschränkte Ausbeutung von jugendlichen Arbeitern mit Arbeiten, die nur von erwachsenen und besser bezahlten Arbeitern verrichtet werden sollten, eingeschritten werden. So mußte in München die Behörde die ständige Verwendung jugendlicher als Nebenwärter in einer Nietenfabrik als eine gesundheits-schädliche Beschäftigung verboten.

Im Nürnberg-Gürther Städtebezirk waren über die Art der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter vier Anordnungen erforderlich, indem die Verwendung dieser Arbeiter an einer Fräsmaschine, in einer Gelbbrennerei, bei der Bedienung eines Fahrstuhls und beim Umbauen eines Gasmotors untersagt werden mußte.

Auch in Unterfranken mußte die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Maschinen mit größerer Unfallgefahr mehrfach untersagt werden.

Ueber das Lehrlingswesen in der Metall- und Maschinenindustrie werden wieder manche unterrichtende Mitteilungen in den Berichten gemacht. So berichtet der Münchener Aufsichtsbeamte nach seinen Tagebuchaufzeichnungen von 1940 männlichen Lehrlingen in 434 Betrieben, wovon allein 775 in 85 Betrieben auf die Maschinenindustrie entfielen. Die Lehrdauer der männlichen Lehrlinge beträgt 3, 3½ und 4 Jahre, die der Lehrlinge 2 und 3, vereinzelt auch 1 und 4 Jahre. Die Zahlung von Lehrgeld im Bezugs von 200 bis 400 M. wurde nur noch in feine mechanischen Werkstätten (und in Konditoreien sowie „hornehmern Hotels“) ermittelt. Da die jungen Leute wertvolle Arbeitskräfte sind, so darf man wohl die Zahlung von so hohem Lehrgeld als den Gipfel streppeloser Ausbeutung bezeichnen. Bei 17 männlichen Lehrlingen und 85 Lehrlingen mußte der Abschluß eines vorchriftsmäßigen Lehrvertrages verlangt werden. Im Gegensatz zu dem schon erwähnten Zustande der Lehrlinge zu den Maschinenfabriken und elektrotechnischen Betrieben liegen Metzereien, Metallwarenfabriken und andere Gewerbe über Lehrlingsmangel. Mangelhafter Lehrlingsausbildung mußte in einer Jahrsreparaturwerkstätte entgegengetreten werden. Man darf wohl die Frage aufwerfen, ob einem bloßen Reparaturbetrieb überhaupt das Recht zum Lehrlingshalten erteilt oder nicht wieder entzogen werden sollte. Während in München selbst für die schulmäßige Weiterbildung der Lehrlinge durch die vorbildlichen gewerblichen Fortbildungsschulen aufs Beste vorgesorgt ist, steht es damit in unmittelbarer Nähe Münchens so unbefriedigend, daß zum Beispiel für die 20 Normausgänge einer Stahlgießerei in einem Ort die Zuweisung an die Münchener Fortbildungsschule unter Uebernahme der Fahrtkosten auf den Betrieb verlangt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit wurde die Ausdehnung der Verpflichtung zum Besuch der Münchener Fortbildungsschulen auf alle Betriebe ohne solche angeregt.

In oberbayerischen Landbezirken wurde ein Schloffermeister wegen fortgesetzten Vergehens der teils gefährlichen, teils einfachen Körperverletzung des ihm anvertrauten Lehrlings zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Ein jedenfalls sehr mildes Urteil! Zu begnügen ist, daß dem hohen und gemeinen Reich auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten auch in München auf die fortgesetzten großen Pflichtverletzungen gegenüber früheren Lehrlingen das Recht zum Lehrlingshalten entzogen wurde. Einem Jahrsreparaturbetrieb, dem auf Grund unwarmer Angaben die Befugnis zum Lehrlingshalten erteilt worden war, wurde sie nach Auffklärung des Sachverhaltes wieder entzogen und der betreffende Lehrling in einem andern Betriebe untergebracht.

Aus dem Bezirk Schwaben wird berichtet: In der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg werden im Werke Augsburg 180 Lehrlinge bei einer Gesamtzahl von jetzt 5000 in einer eigenen Fortbildungsschule, an der ein besonders angestellter Lehrer und mehrere Ingenieure der Fabrik tätig sind, vortrefflich fachmännisch ausgebildet. Alle Einrichtungen und Gebrauchsgüter der Schule sind neuzeitlich und vorbildlich, Schul- und Lebensfälle hell und geräumig.

Schließlich werden noch Klagen aus einigen Großbetrieben über die „Unbotmäßigkeit“ eines Teiles der jugendlichen Arbeiter erwähnt. Für die Zukunft möchten wir der schwäbischen Gewerbeinspektion empfehlen, derartigen einseitigen Unternehmerrlagen nachzugehen und auch die verlassenen jungen Leute anzuhören, denn auch sie haben ein Recht, sich darauf zu berufen, „daß eines Mannes Rede keine Rede und man billig hören muß alle beide“. Vielleicht erfahren dann die Aufsichtsbeamten eine Menge von Klagen der jungen Leute über die Ausbeutungspraktiken und das Benehmen ihrer Vorgesetzten. Seitdem in Bayern junge Leute in Offiziersuniform durch ihre „Unbotmäßigkeiten“ dem ganzen Deutschen Reich eine Riesensklammer vor aller Welt bereiten und auch im Hinblick auf die alljährlich verbrechensreichen Ereignisse aller Art, die sich die goldene Jugend als Studenten zusehnen kommen läßt, fälschlich bürgerliche und amtkliche Kreise mit Klagen über „Unbotmäßigkeiten“ junger Proletarier sehr vorsichtig sein. Das biblische Gleichnis vom Splinter und Balken sollte gerade in dieser Beziehung von den herrschenden Klassen stets gegenwärtig gehalten werden.

Die Krankenversicherung im Jahre 1912.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der Krankenversicherung in Deutschland für das Jahr 1912, soweit diese vom Kaiserlich Statistischen Amt erfasst worden sind. Obwohl nur die Zahl der Krassen und der Mitglieder, sowie die Einnahmen und Ausgaben der Krassen angegeben werden, dauert es trotzdem jedesmal fast ein Jahr, bis das Material von den vielen Krassen und Städten gesammelt und verarbeitet ist. Die Zahl der Krankenkassen im Jahre 1912 belief sich auf 21 659 gegen 23 109 im Jahre zuvor; es sind also im Berichtsjahr 1450 Krassen weniger erfasst worden. Der Rückgang kommt zum größten Teil auf Rechnung der eingeschriebenen und der landesrechtlichen Hilfskassen, die den bürgerlichen Parteien und unseren Bureaucraten längst ein Dorn im Auge waren und die daher bei Einführung der Reichsversicherungsordnung nicht mehr als Pflichtkassen zugelassen wurden. Sie können nur noch als Nebenklassen fortbestehen, das Hilfskassengesetz ist aufgehoben, und damit sind diese Krassen aus der amtlichen Statistik ausgeschlossen. Ein kleiner Rückgang in der Zahl der Krassen ist bei der Gemeindeversicherung, den Orts- und den Baukrassen eingetreten, in stärkerem Maße haben auch die Betriebskrassen abgenommen. Die Innungskassen, die am ehesten ganz befreit gehören, haben sich dagegen vermehrt. Die Veränderungen kommen in der Hauptsache auf Rechnung der fastam bekannten Beschlüsse zur Reichsversicherungsordnung.

Die Zahl der Mitglieder bei den von der Statistik erfassten Krassen belief sich auf 13 217 705. Das sind 401 243 weniger als im Jahre zuvor. Der Rückgang kommt teils durch die Ueberhebung des Hilfskassengesetzes (die Hilfskassen umfaßten 1911 960 266 Mitglieder), teils durch einen Rückgang bei den Baukrassen. Die verschiedenen Krassenarten mit ihren Mitgliedern und dem Zu- und Abgang gegen das Vorjahr zeigt folgende Tabelle:

Kassenart	Zahl der Krassen		Zunahme u. Abnahme 1912 geg. 1911	Zahl der Mitglieder		Zunahme u. Abnahme 1912 geg. 1911
	1911	1912		1911	1912	
Gemeindekrankenversicher.	8198	8176	- 22	1700 696	1725 603	+ 24 907
Ortskrankenkrassen	4748	4717	- 31	7217 908	7558 036	+ 340 128
Betriebskrankenkrassen	7921	7335	- 586	3396 045	3568 795	+ 172 750
Baukrankenkrassen	41	39	- 2	17 056	13 103	- 3953
Innungskrankenkrassen	345	392	+ 47	327 077	352 168	+ 25 091
Gewerkschaft. Hilfskrassen	1227	—	- 1227	925 148	—	- 925 148
Landesrechtl.	129	—	- 129	35 118	—	- 35 118

Die größte absolute Mitgliederzunahme hatten die Ortskrankenkrassen; im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder ist der größte Zuwachs (7,7 Prozent) bei den Innungskassen zu verzeichnen. Die Betriebskrassen hatten einen Zuwachs von 5,1 Prozent, bei den Ortskrassen betrug diese Verhältniszahl 4,8. Die Mitglieder der Knapp-schaftskassen sind in diesen Zahlen nicht enthalten, Material für das Jahr 1912 liegt von diesen Krassen noch nicht vor. Im Jahre 1911 waren in den Knappschaffskassen 899 716 Personen versichert.

Die Umrechnung der Mitglieder auf eine Einheit ergibt folgendes. Es kamen auf eine Krasse im Durchschnitt 610,26 Mitglieder gegen

Technische Rundschau.

(Nachdr. verb.)

Das Wesen des Lichtes.

Die Frage nach dem Wesen des Lichtes beschäftigt schon seit jeher lebhaft die Phantasie der Menschen; der Sonnenkultus und die Sage vom Prometheus, der das Feuer vom Himmel holt, geben Kunde von der naiven Vorstellung der Alten über kosmische (himmlische) und irdische Lichtquellen. Begreiflicher erscheint uns die Erklärung, daß der „göttliche“ Funke als Blitz oder Meteor vom Himmel gestürzt ist. Das Feuer der Kerze in den ältesten Zeiten wohl zugleich auch als Lichtquelle, bis der flackernde Alchymistkessel und die Reduktion der Trennung des Lichtes von Feuer vollzogen. Die Lichterzeugung ist hier wie bei den heute gebräuchlichen Lichtquellen fast ausnahmslos eine Folge einer Erhitzung fester Substanzen. Die Erzeugung und Fortbewegung der Körper und Gase (Beleuchtung, Leuchtgas, Gasglöhbirnen, Leuchtgaslampen etc.) sind die bekanntesten Mittel zur Lichterzeugung, und alle in Betracht kommenden Lichtquellen sind gleichzeitig auch Wärmequellen. In den meisten Fällen kann man sogar sagen, daß die Lichterzeugung nur als Nebenprodukt bei der Wärmeerzeugung zur Erzielung kommt, obwohl der Licht nach die Lichterzeugung die Hauptsache bildet, und die Wärme nur gewonnen wird in Form gewonnen wird. Selbstständig bezogen des Lichtes infolge Erhitzung tritt nur bei Temperaturerhöhung im Gegensatz zu der Lichterzeugung infolge „Leuchtgas“, mit welchem Ausdruck man alle diejenigen Erhitzungen zusammenfaßt, bei denen die Temperatur eine wesentliche Rolle spielt, daher auch der Ausdruck „Leuchtgas“, auch die Erhitzungen infolge der Selbstleuchten, des Leuchtgas, des Leuchtgas und sogar der Leuchtgas gehören hierzu.

Schon bei oberflächlicher Beobachtung gewinnen wir die Ueberzeugung, daß zwischen Licht, Wärme und Elektrizität innige Beziehungen bestehen müssen. Auf unserer Sonnenorgane wirkt jede dieser Naturerzeugnisse in bestimmter Weise, im Grunde sind sie aber nur verschiedene Erscheinungsformen. Nach Auffassung der Physiker haben wir in unserer Umgebung zu unterscheiden zwischen Wärme und Licht, erstere aus unserer Sicht, letztere aus der Sicht der Leuchtgaslampen, die von Körper zu Körper verstrahlen, letztere ein Licht verstrahlen, das durchdringendes Licht ist. Die Leuchtgaslampen sind die Träger der allgemeinen Beleuchtung, die sie uns mit einem so warmen Licht, das so warmes Licht, durch die Leuchtgaslampen verstrahlen, das man den Begriff Wärme entgegen. Da Licht ist die Form für die Erzeugungsvorgänge, die zum

Beispiel für das Licht. Schon Huyghens (1629 bis 1695), ein Zeitgenosse Newtons, wies darauf hin, daß das Licht eine Bewegung des Äthers sein könne; nach ihm verhält der leuchtende Körper, ähnlich wie eine Stimmgabel, die umgebende Luft, den umgebenden Äther in wellenartige Schwingungen, die sich mit ungeheurer Geschwindigkeit im Weltraum ausbreiten. Die Erregung des Äthers läßt sich nicht nachweisen; er ist lediglich eine Hilfsverstellung zur Erklärung der was sonst unverständlichen Naturerscheinungen.

Die wellenartige Bewegung des Lichtes läßt sich an vielen Experimenten zeigen. Wenn man beispielsweise das Licht einer elektrischen Lampe an zwei Glasplatten reflektiert und auf einen Schirm wirft, so erzeugt keine gleichmäßige helle Fläche, sondern ein aus hellen und dunklen Streifen zusammengesetztes Bild, weil die Lichtstrahlen von zwei verschiedenen Punkten ausgehen. Dieser Wechsel zwischen hell und dunkel ist sehr den sich verändernden und benachbarten Wellenfronten, die von verschiedenen Punkten ausgehen. Wie verhält es sich bei den Wellenfronten der von einer Lichtquelle ausgehenden Wellen sind, je nachdem sie auf unser Auge treffen, objektiv untereinander sie sich lediglich durch die Wellenlänge, das heißt die Strecke von Wellenberg zu Wellenberg oder von Wellental zu Wellental. Um diese Wellen verschiedener Längen voneinander zu trennen, benötigt man Licht durch ein Glasprisma und erhält auf einem dahinter befindlichen Schirm ein wunderbares Farbenband, ähnlich dem Regenbogen, bei dem statt des Prismas der Regenbogen die Erzeugung und Zerlegung der verschiedenen Sonnenstrahlen befolgt. Jeder Strahl dieses Farbenbildes, Spektrum genannt, entspricht einer Wellenlänge von ganz bestimmter Wellenlänge, und zwar nimmt die Länge von Rot nach Violett hin ab. Das Violett der Farbe liegt sehr dadurch, daß der Einbruch, den der bewegte Äther im Äther hervorbringt, je nach seiner Schwingungszahl verschieden ist. Der Vergleich mit einer Leuchte in ihrer Wirkung auf das Ohr ist nachfolgend.

Unser Auge bemerkt nur die Wellen in Lichtempfindung umzuwandeln, deren Wellenlänge nicht größer als 0,0003 Millimeter und nicht kleiner als 0,0001 Millimeter ist. Vom Rot bis zum dunkelsten Violett des Spektrums beträgt die Zahl der schwingenden Schwingungen 400 bis 800 Billionen. Aber dieses sichtbare Spektrum umfaßt nur den kleinsten Teil der von der Lichtquelle ausgehenden Wellenlänge. Einmal um das Rot als ein weißes Licht und Violett treffen Lichtwellen den weißen Schirm. Mit Hilfe der Photographie wurde die Erregung der ultravioletten Wellen angedeutet, die wegen ihrer photochemischen Wirkung die sogenannten Photochemischen Strahlen erhielten. Die Erregung des ultravioletten Spektrales kann durch sehr empfindliche Wärmemesser nachgewiesen werden; die Wellenlänge der betreffenden Lichtwellen sind weit größer und betragen

etwa 0,04 bis 0,05 Millimeter; die Schwingungen erfolgen weit langsamer als die im Spektrum festgestellten Lichtschwingungen des Lichtes. Die langsamen Schwingungen, die wir nicht mehr als Licht zu erkennen vermögen, das Ultrarot, äußern sich als Wärme; es sind Wärmestrahlen, wie wir sie von der Sonne erhalten.

Nach langem Warten Wärmeschwingungen (allerdings noch etwa 100 Millionen in der Sekunde) wurden von dem Physiker Heinrich Hertz als elektrische Wellen festgestellt; ihre Wellenlänge ist verhältnismäßig groß und kann Hunderte von Metern betragen. Besteht nämlich zwischen Licht-, Wärme- und elektrischen Wellen nur ein gradueller Unterschied, ausgedrückt in der Wellenlänge und Schwingungsdauer, so lag es nahe, weiter zu erforschen, ob durch Veränderung der Wellenlänge und entsprechende Erhöhung der Schwingungsdauer aus elektrischen Wellen sich Lichtwellen experimentell hervorbringen lassen. Auch hier ist es Hertz gelungen, die Ueberführbarkeit elektrischer Wellen in Lichtwellen, das heißt in Licht, durch die Konzentration reflektierter elektrischer Wellen nachzuweisen. In neuester Zeit ist es drei französischen Physikern gelungen, die Geschwindigkeit der Hertz'schen Wellen zu messen; sie beträgt danach 299 500 Kilometer in der Sekunde, steht also nicht viel hinter der Geschwindigkeit des Sonnenlichtes (299 000 Kilometer) zurück. Nach den klassischen Versuchen von Herz gelten die Gesetze der Reflexion, der Brechung, der Interferenz und der Polarisation des Lichtes in ganz gleichartiger Weise auch für die Elektrizität. Seine Forschungsergebnisse begründeten den Satz: „Alle Licht-, Wärme- und elektrischen Effekte sind elektrischer Ursprungs.“ — Nimmt man der Welt die Elektrizität, dann nimmt man ihr auch das Licht und damit die Grundbedingungen ihres organischen Wesens.

Das Bismut und seine Verwendung.

Das Bismut gehört zu den weniger verbreiteten Metallen. Es hat eine silberweißgelbende Farbe, ein spezifisches Gewicht von 9,8 und zeigt auf dem Bruch ein kristallinisches Gefüge. Der Schmelzpunkt liegt bei 270 Grad, während es in der Glühhitze mit bläulicher Flamme verbrennt. Bismut kommt sowohl in gebiegenes Zustande, wie auch in Verbindung mit Mineralen als Erz vor. Die wichtigsten der letzteren sind Bismutglanz und Bismutoder; auch ist es als Begleitmaterial in anderen Erzen enthalten.

Geblegenes Bismut ist ein silberweißes Mineral, das vorwiegend in den Urgebirgen, Granit, Gneis und Glimmersteine, aber auch in Uebergangsgesteine gefunden wird, und zwar in der Regel vereint mit Nickel, Kupfer, Silber und anderen Erzen. Bismutglanz ist eine Verbindung von Bismut mit Schwefel. Es ist ein graues, sprödes, leicht schmelzbares Mineral, das etwa 80 Prozent reines Metall enthält. Bismutoder bildet eine Sauerstoffverbindung

589,34 im Vorjahre. Dieser Durchschnitt wird nur bei den Orts-

Der Gesundheitszustand der Mitglieder der Krankenkassen hat sich im Berichtsjahr weiter verschlechtert. Scheinbar trat eine Besserung ein, denn es werden für alle Klassen zusammen 5 633 936 Erkrankungsfälle (mit Erwerbsunfähigkeit) angegeben gegen 5 772 868 im Vorjahre.

Table with 5 columns: Krankheitsfälle, auf 1 Mitglied, Krankheitsstage, auf 1 Mitglied. Rows include Gemeindefrankenversicherer, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Baukrankenkassen, Innungskrankenkassen.

Relativ am meisten Krankheitsfälle und -Tage hatten danach die Bauklassen; den Gesamtdurchschnitt von 0,43 (Vorjahr 0,42) Prozent Krankheitsfällen und 8,49 (8,45) Prozent Krankheitsstagen übersteigen die Orts-, Betriebs- und Bauklassen.

Die Einnahmen der Kassen sehen sich aus Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zinsen, Zuschüssen, Ersparnissen etc. zusammen. Die Einnahmen sämtlicher Kassen beliefen sich in der Berichtsjahresperiode auf 417 638 075 M. (Vorjahr 412 290 611 M.).

Table with 7 columns: Wert der Ausgaben, auf den Kopf der versicherten Mitglieder. Rows include Krankheitskosten, Drückliche Behandlung, Arznei u. sonstige Heilmittel, Krankengelder, Schwang.-u. Wöchn.unterstf., Sterbegelder, Anfallversicherung, Fürsorge für Genesende, Verwaltungskosten.

Die höchsten Ausgaben hatten die Betriebsklassen. Diese bezahlten das höchste Krankengeld und hatten auch weit höhere Aufwendungen für Arzt und Apotheke als die anderen Klassenarten.

Eine Betrachtung der Durchschnittszahl aus allen Klassen ergibt, daß gegen das Vorjahr die Krankheitskosten um 97 % stiegen. Von diesem Betrag entfallen auf Arztkosten 33 %, Arznei etc. 24 %, Krankengeld 10 %, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung 5 %, Anfallversicherung 28 %.

Die höchsten Ausgaben hatten die Betriebsklassen. Diese bezahlten das höchste Krankengeld und hatten auch weit höhere Aufwendungen für Arzt und Apotheke als die anderen Klassenarten.

Die Wismutergie müssen, soweit sie Schwefel- und Arsenverbindungen enthalten, stets gereinigt werden. Dieses erfolgt in Flammöfen unter beständiger Umkehrung der vorher geleiteten Erze. Das Rohprodukt wird entweder in Teiegeln oder neuerdings immer mehr in besonderen Flammöfen geschmolzen.

Obwohl das Wismut bereits im 15. Jahrhundert bekannt war, fand es doch lange Zeit nur geringe Beachtung, was sowohl seinem älteren Vorkommen, als auch mangelnden Verwendungszwecken zuzuschreiben ist. Diese haben sich allerdings im Laufe der Zeit immer mehr gefunden.

Mitglied. Im Berichtsjahr entfielen auf letztere 10,62 M. pro Mitglied, auf die Mitglieder als Krankengeld 11,88 M. oder mit anderen Worten: Ärzte und Apotheken haben seit 1908 zusammen pro Mitglied 1,61 M. mehr erhalten, das Krankengeld erhöhte sich pro Mitglied nur um 0,54 M.

Das Jahr 1914 wird große Umwälzungen in der Krankenversicherung bringen. Am 1. Januar tritt die Reichsversicherungsordnung in bezug auf die Krankenversicherung in Wirksamkeit. Die von den Arbeitern erhoffte Zusammenfassung aller Klassen ist zwar nicht verwirklicht worden, doch sind große zentralisierte Klassen entstanden, die besser wirken können als die vielen kleineren bestehenden Klassen.

Verdienste von Aktionären und Arbeitern.

Die Hannoversche Maschinenfabrik, A.-G., von demals Georg Eckhardt ist ein gewinnbringendes Unternehmen. Das geht schon allein aus den wenigen Zahlen hervor, mit denen der Vorsteher des Aufsichtsrats, Kommerzienrat Klapprot, die Generalversammlung der Aktionäre am 21. Oktober dieses Jahres einleitete:

Wir sind in der Lage, einen zufriedenstellenden Abschluß vorzulegen. Wir haben nach 900 000 M. Abschreibungen (gegen 650 000 M. im vorigen Jahre) in runden Ziffern einen Reingewinn erzielt von 2 650 000 M. (gegen 1 670 000 M. im vorigen Jahre).

20 Prozent Dividende auf das 8 000 000 M. betragende Aktienkapital, 900 000 M. Abschreibungen, fast 1/2 Mill. Vortrag auf neue Rechnung, fürwahr ein Abschluß, der jeden Aktionär befriedigen wird.

Der Vorsteher erklärte weiter, die in der Presse aufgetauchte Ansicht, daß dieses gute Ergebnis auf die günstige Lage des Lokomotivbaues zurückzuführen sei, trafe nicht zu, sondern neben dem erhöhten Umsatz sei der Erfolg auf die systematische und ständige Verbesserung der technischen Einrichtungen zurückzuführen.

Die Veranschlagung liegt nahe, anzunehmen, daß nach solchen erhöhten Ausgaben für die Aktionäre nichts mehr übrig sei. Herr Direktor ter Meer gibt dem Schmeizer der Aktionäre ja auch Ausdruck, indem er in der von ihm im Herbst von Ter Meer und Wirtsch auf veröffentlichten Arbeit feststellt, daß wohl 1911/12 auf das Aktienkapital von 8 000 000 M. eine Dividende von 14 Prozent gezahlt, jedoch auf das tatsächlich eingezahlte Kapital von 21 237 000 M. berechnet, nur ein Ertragsnis von 5,28 Prozent zu verzeichnen sei, also eine Verzinsung des Kapitals, die den normalen Verhältnissen entspricht.

Die großen Aufwendungen für Neubauten und verbesserte Betriebsbedingungen sind größtenteils von Seiten der Aktionäre getragen worden. Nur zum geringen Teil konnten sie aus Rückstellungen, also vom Verdienst gedeckt werden.

Für den Arbeiter ist es nun ungemein lehrreich, zu unteruchen, welcher Art die Opfer sind, die die Aktionäre gebracht haben. Nach Dr. ter Meer betrug das ursprüngliche Aktienkapital 10 500 000 M. In den Jahren 1880 bis 1883 wurde die Gesellschaft jantert, wobei das Kapital auf 4 713 000 M. ermäßigt und eine Zugahlung von 1 073 400 M. geleistet wurde.

Legierungen benutzt. Legierungen von Wismut mit Kupfer, Zinn, Zink und Antimon zählen zu den Britanniametallen. In der Farbenindustrie wird Wismut zur Herstellung farbiger Glas- und Porzellanfärbungen, sowie als Antizimittel zum Färbren der Goldfäden auf Porzellan-, Glas- und sonstige Glasuren benutzt.

Das Wolfram und seine Verwendung.

Das Wolfram wurde im Jahre 1785 zum erstenmal dargestellt und als ein metallisches Element erkannt. Es ist neunzehnfach schwerer als Wasser, dabei äußerst hart und spröde und von metallisch glänzender staubgrauer Farbe. In gebiegem Zustand wird es nirgends gefunden.

Das Wolfram wurde im Jahre 1785 zum erstenmal dargestellt und als ein metallisches Element erkannt. Es ist neunzehnfach schwerer als Wasser, dabei äußerst hart und spröde und von metallisch glänzender staubgrauer Farbe. In gebiegem Zustand wird es nirgends gefunden.

folche von 1 500 000 M. und im Jahre 1908 eine solche von 7 186 000 M. Bei Gelegenheit dieser verschiedenen Zugahlungen wurde das Aktienkapital dann auf 8 000 000 M. erhöht.

Hierauf wurden von den Aktionären 21 236 850 M. eingezahlt. Was aber hat diese Ausgabe den Aktionären eingebracht? Die Gesamtkosten des Werkes seit Bestehen als Aktiengesellschaft betragen nach den Angaben des Kommerzienrats Klapprot in der Generalversammlung 30 300 000 M., hiervon sind bereits 17 800 000 M. abgeschrieben, so daß das Werk einen budmängigen Wert von 12 500 000 M. hat.

Die ganze Unhaltbarkeit der ter Meer'schen Theorie ergibt sich jedoch aus der Tatsache, daß die Aktionäre das eingezahlte Kapital überreichlich in Form der Dividende schon zurückhalten haben. Rund 26 000 000 M. Dividende gelangten in den Jahren 1890 bis 1912 zur Auszahlung.

Stellen wir also nochmals fest: Kurswert des Aktienkapitals 24 000 000 M., ausgezahlte Dividende seit dem Jahre 1890 26 000 000 M., Gewinnanteil des Aufsichtsrats allein im Jahre 1912/13 228 478 M.

Ob wohl je ein Besitzer oder Empfänger dieser Summen daran gedacht hat, wieviel schwierige Fährte Lag und Nacht sich rühren müssen, um diese Mittelgelder zu erhalten? Wohl hülte man sich, genaue Zahlen über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und deren Lohnverhältnis der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Wieviel Mann sich in der Lohnsumme von 4 000 000 M. teilen, ist nicht ersichtlich, auch nicht, ob in der durchschnittlichen Zahl der Arbeiter die Beamten enthalten sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist sogar der Lohn der Direktoren in der Gesamtsumme enthalten.

„Vergleichende Uebersicht über Preis- und Leistungssteigerung einer deutschen Maschinenfabrik“, so betitelt ter Meer seine Arbeit. Da die Hannoversche Maschinenbau-A.-G. vorzugsweise den Bau von Lokomotiven betreibt, dürfte in der Tat ein Vergleich mit anderen Lokomotivfabriken ganz interessant sein.

Mit der Behauptung, daß die Verkaufspreise nur um 14 vom Hundert gestiegen seien, die Selbstkosten aber eine viel höhere Steigerung aufweisen, soll bewiesen werden, daß die Lage des Lokomotivbaues nicht so glänzend ist, wie allgemein angenommen wird. Es ist jedoch zu beachten, daß die Verkaufspreise auch beeinträchtigt werden von der Größe der Aufträge.

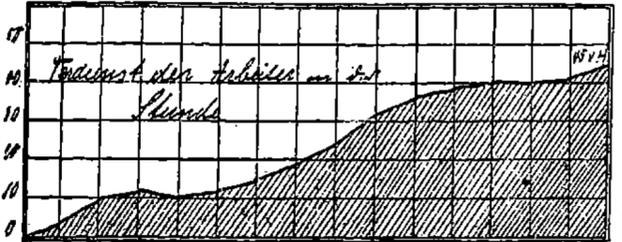
Lebensdauer als andere. Panzerplatten aus Wolframlegierungen zeichnen sich durch große Härte aus und sehen dem Eindringen der Geschosse einen außergewöhnlichen Widerstand entgegen. Auch für die Geschosfabrikation bildet Wolframstahl ein gewichtiges Material.

Eine weitgehende Verwendung finden auch die verschiedensten Wolframlegierungen. Wolframtaures Natrium, das beim Auskochen von im Flammofen mit Kohle zusammengebrachten wolframhaltigen Zinkergzen entsteht, dient als Flammenschutzmittel für Theaterdekorationen, Kleiderstoffe, Goldschmuckgegenstände und dergleichen, sowie zur Bereitung schwarzer Tinten.

Seit einigen Jahren spielt das Wolfram auch in der Beleuchtungsindustrie eine wichtige Rolle, da es zur Herstellung der Leuchtöhren für die elektrischen Glühlampen benutzt wird, wo es sich seiner Schwermetallbarkeit wegen besonders eignet. Geht die Leuchte doch eine hohe Temperatur in der Lampe und damit eine gute elektrische Ausnutzung der elektrischen Energie zur Lichtausstrahlung während die Wolframglühlöhren ursprünglich aus einer Paste von Wolfram und einem Bindemittel gebricht wurden, werden sie jetzt aus reinem Wolframmetall gezogen, wobei an Stelle der niedrigen Diamanten benutzt werden, wobei keine Ziehföhren gebraucht sind.

eine bestellt, muß einen höheren Preis zahlen als der, der gleich ein Dutzend bestellen kann.

Da für uns nur diejenigen Feststellungen in Betracht kommen, die sich mit der Arbeitererschaft beschäftigen, können wir die Angaben über Preise der Rohmaterialien übergehen. Sehr wertvoll sind die von ter Meer gleichzeitig als Ergänzung seiner Ausführungen veröffentlichten graphischen Darstellungen, von denen wir einige hier wiedergeben, denen wir zur Ergänzung unscriftlich einige hinzugefügt haben.



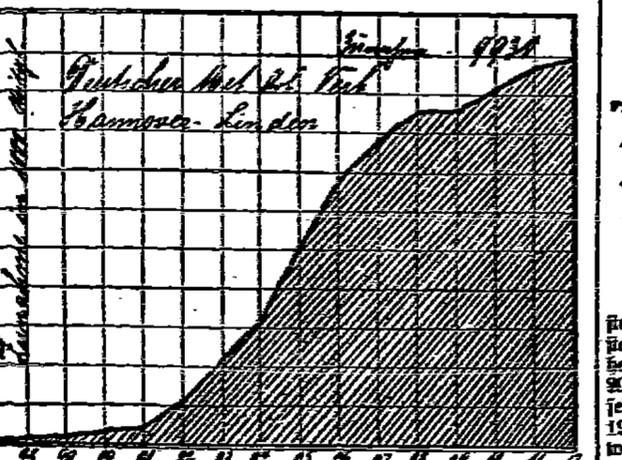
ter Meer bemerkt zu seinen Darstellungen:

Der Verdienst der Arbeiter in der Stunde bezieht sich auf die Gesamtheit der im Jahre geleisteten Arbeitsstunden und die dafür bezahlte Lohnsumme. Die allgemeinen Unkosten, welche Gehälter, Steuern, soziale Lasten, Betriebs- und Handlungsumkosten umfassen, sind auf den Umsatz bezogen. Ebenso ist die Leistung in der Arbeitsstunde auf den Umsatz bezogen, indem der gesamte Umsatz jeweils durch die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden geteilt wurde. Als Grundlage für die Verkaufspreise ist der Preis einer Lokomotive gewählt worden, die für die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung in den Jahren 1897 bis 1910 fortlaufend gebaut worden ist. Die Maschine hat in der Vergleichszeit nennenswerte Veränderungen nicht erlitten. Für die Jahre 1910 bis 1912, während welcher sie nicht mehr gebaut worden ist, sind die Preise im Verhältnis zu anderen Lokomotivtypen, die gebaut wurden, bestimmt. Die Verhältnisse des Jahres 1897 sind den nebenstehenden Abbildungen als Einheit zugrunde gelegt. Wie nun aus diesen Schaubildern hervorgeht, zeigen die Kurven der Kosten der Rohstoffe, der Verdienste der Arbeiter und der allgemeinen Unkosten eine ständige Steigerung. Das Rohmaterial ist starken zeitlichen Schwankungen unterworfen, die mit dem Hoch- und Tiefstand im wirtschaftlichen Leben zusammenhängen; unter die Preise des Jahres 1897 sind die Preise der Rohstoffe nie wieder gesunken. Der Verdienst der Arbeiter geht dauernd, und zwar ziemlich gleichmäßig, nach oben. In den Verdiensthähen, die den Kurven zugrunde gelegt sind, sind auch die Gehälter des Werkes mit einbezogen, welche etwa 10 vom Hundert der Belegschaft ausmachen. Ohne Berücksichtigung dieser besonderen Klasse von Arbeitern, deren Verdiensthähen sich in der Vergleichszeit nicht geändert haben, wüßten die Arbeitssätze in noch höherem Maße, als die Kurve zeigt, gewachsen sein. In den Jahren 1906 und 1911 hatte das Werk unter Streiks und Aussperrungen zu leiden. Der Streik im Jahre 1906 dauerte etwa acht Wochen, jener des Jahres 1912 war nach neun Wochen beendet. In beiden Streiks haben die Arbeitnehmer Erfolge nicht erzielt. Sie mußten sich nach Beendigung des Streiks mit dem zufriedengeben, was man ihnen vor Ausbruch des Streiks in freiwilliger Weise geboten hatte; ihre darüber hinausgehenden Forderungen wurden nicht erfüllt. Beide Jahre zeichnen sich in den Lohnkurven nicht sonderlich von den Jahren mit unge störten Arbeitsverhältnissen aus, ein Beweis, daß die Behauptung, nur durch Streik sei eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, nicht richtig ist. Durch den Verlauf dieser Kurve wird die Anschauung gestärkt, die sich jetzt mehr und mehr auch in Arbeiterkreisen Bahn bricht, daß ein Bestreben nach Lohnsteigerungen, die sonstigen in der Luft liegen, nicht entziehen kann, ohne sich die guten Arbeiter zu entfremden, daß sich also das Werk wie die Arbeitergesellschaft am besten halten, wenn sie auf friedlicher Weise die einander in manchen Punkten widersprechenden, in vieler Beziehung aber gleichlaufenden Interessen zwischen Kapital und Arbeit zu lösen suchen.

Für uns wäre sehr wichtig, zu wissen, wie hoch denn der als Einheit zugrunde gelegte Verdienst der Arbeiter pro Stunde im Jahre 1897 gewesen ist. Leider wissen wir uns mit der auch aus der Kurve ersichtlichen Tatsache begnügen, daß der Verdienst der Arbeiter dauernd, und zwar ziemlich gleichmäßig nach oben geht. Die Kurve zeigt zunächst eine Steigerung des Verdienstes um 10 vom Hundert bis zum Jahre 1899, von da an bis zum Jahre 1902 tritt nur eine Steigerung bis etwa 12 vom Hundert ein, erst dann bis zum Jahre 1904/05 eine Steigerung bis etwa 22 vom Hundert. Die Steigerung beträgt bereits 1906 31 vom Hundert, 1908 40 vom Hundert, um dann erst Ausgang 1911 bis 1912 auf 45 vom Hundert zu steigen. Mit diesen Jahreszahlen in der Steigerung der Kurve vergleiche man die obigen Ausführungen über die Streiks und Aussperrungen vom Jahre 1906 und 1912. (Zurückkunft ist in der Arbeit des Dr. ter Meer wiederholt als Aussperrungsjahr 1911 angegeben, auch in der Kurve der Leistungssteigerung für die Arbeitsstunde. Infolge dieses Faktors ist leider der Wert der Darstellung vermindert, jedoch wird man auch in den Kurven ohne Bedenken die Jahreszahl 1912 einsetzen können, denn die Abweichungen werden sich aus der Aussperrung 1912 ergeben haben. D. V.)

Ein Bestreben nach Lohnsteigerungen, die sonstigen in der Luft liegen, nicht entziehen. Das müssen doch notwendige Lohnsteigerungen sein! ter Meer hätte jedoch auch hinzufügen können: „und Arbeitszeitverkürzungen, die in der Luft liegen.“

Sehen wir uns einmal die Kurve über die Zunahme des Metallarbeiter-Verbandes in Hannover-Linden an. Die Zunahme an Mitgliedern ist bis 1901 sehr gering. Erst von da an zeigt die Kurve eine ständige Steigerung. 1905 ist bereits eine Zunahme von 5000 Mitgliedern zu verzeichnen. Entschlossen geht es dann aufwärts: 1906 bereits 7000, 1908 über 8500. Dann tritt nur eine schwache Steigerung ein, deren Ursache die Krise 1908/09 ist. Bereits aufwärts 1910 zeigt die Zunahme wieder ein



Jeder vorantretende Redner wird erkennen und für den Gehörten ist es unabweisbar, daß zwischen den Kurven des Verdienstes der Arbeiter und der Leistungssteigerung der Organisation ein Zusammenhang besteht, welcher den Grundlag begründet, daß durch den Einfluß der Organisation die Lage der Arbeiter verbessert wird. Man darf nicht glauben, für uns ist es jedoch eine unabweisbare Tatsache. Die Steigerung der Lohnsumme fällt um so mehr ins Ge-

nicht, als die Verkürzung der Arbeitszeit nicht vermocht hat, die Löhne heranzubringen. Wir konstatieren nochmals: Starke Organisation verbürgt höhere Löhne trotz kürzerer Arbeitszeit.

Fretlich, ter Meer sagt: „Die Behauptung, nur durch Streik sei eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, ist nicht richtig.“ Wer behauptet denn das? Jeder Arbeiter weiß, daß Verbesserungen im Arbeitsverhältnis von ihm erkämpft werden müssen. Ist die Organisation der Arbeiter nicht so stark, daß der Unternehmer durch Verhandlungen überzeugt wird von den in der Luft liegenden Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen, dann kommt es manchmal allerdings zum Streik. Aber es gibt auch viele Unternehmer, die es nicht zum Streik kommen lassen, sondern die Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen aus der Luft heranzubringen, was den Arbeitern viel lieber ist, als wenn sie erst darum wochenlang kämpfen, das heißt streiken müssen. Doch wenn es sein muß, sprechen die Arbeiter auch hierüber nicht zurück.

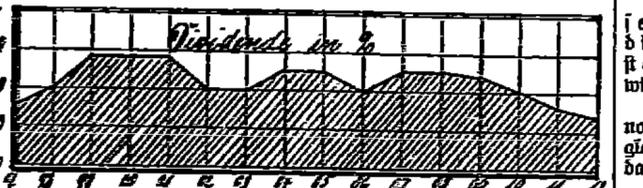
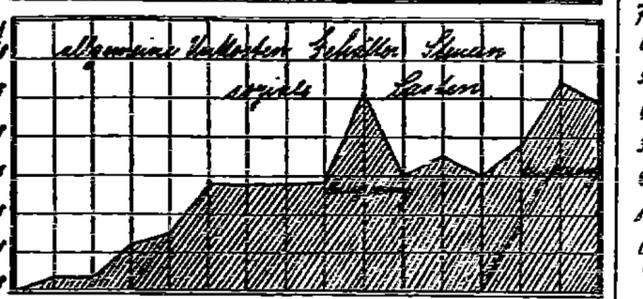
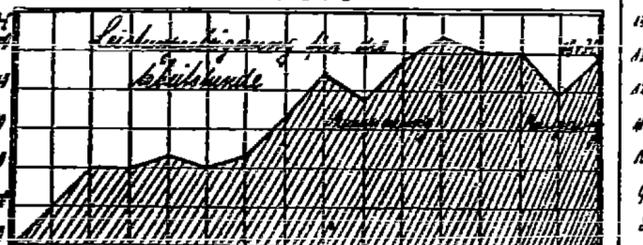
ter Meer sagt: „In beiden Streiks haben die Arbeitnehmer Erfolge nicht erzielt. Sie mußten sich nach Beendigung des Streiks mit dem zufriedengeben, was man ihnen vor Ausbruch des Streiks in freiwilliger Weise geboten hatte; ihre darüber hinausgehenden Forderungen wurden nicht erfüllt.“ An Hand der Tatsachen werden wir beweisen, wie sich die Unternehmer selbst belügen oder wenigstens verjagen, der Öffentlichkeit glauben zu machen, daß die Arbeiter leichtfertig Streiks inszenieren. 1906 befanden sich nur die Formner und Gießerarbeiter im Streik, die übrige Arbeitererschaft wurde ausgesperrt. Diese sah aus wohlwolligeren Gründen von der Aufstellung von Forderungen ab. Die Forderungen der Formner und Gießerarbeiter wurden den Industriellen durch Schreiben vom 24. Februar 1906 gestellt und bis zum 10. März 1906 Antwort erbeten. Als eine Antwort nicht erfolgte, wurden die Forderungen durch Kommissionen den einzelnen Unternehmern unterbreitet. § 1 der eingereichten Forderungen lautete:

„Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 10 Stunden. Sonnabends wird die Arbeitszeit eine Stunde früher beendet, so daß um 5 Uhr Feierabend ist.“ — § 3: „Zahlung eines Anfangslohnes für Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit in der Höhe von 40 $\%$ pro Stunde für gelernte Formner, 35 $\%$ pro Stunde für Hilfsarbeiter.“

Nach geschwägigen Kämpfen wurde der § 1 von den Unternehmern zugestanden. Die Forderungen des § 3 wurden wie folgt formuliert:

„Den Werken soll als Richtschnur aufgegeben werden: Lohnarbeitern, und zwar Vollarbeitern, die bisher pro Stunde verdienten bis 30 $\%$ einschließlich, 5 $\%$, von 31 bis 33 $\%$ einschließlich, 1 $\%$, von 34 bis 37 $\%$ einschließlich, 3 $\%$, von 38 bis 39 $\%$ einschließlich, 2 $\%$, 40 $\%$ und mehr 1 $\%$ zuzulegen.“

Werkwürdig! Herr G. ter Meer war 1906 Mitglied der Streikerkommission und hat die Einigungsbedingungen am 30. Mai 1906 unterschrieben, weiß also, wie schwer es gehalten hat, eine Einigung zu erzielen. Jetzt steht aber auch, daß nur durch den zehnwöchigen Streik den Formner und Gießerarbeitern die Arbeitszeitverkürzung und Lohnsteigerung zuteil geworden ist, also der Streik wirklich von Erfolg war. Daraus nun aber, weil die ausgesperrten Arbeiter keine Forderungen gestellt haben, sondern zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen haben, die Erfolglosigkeit des Streiks herleiten zu wollen, ist eine Entstellung der Tatsachen. Umgekehrt liegt die Sache. Die Unternehmer wollten durch die Aussperrung erreichen, daß die Formner und Gießerarbeiter von der Durchführung ihrer Forderungen Abstand nehmen sollten. Das haben sie nicht erreicht. Der Streik der Arbeiter 1906 war also ein Erfolg, die Aussperrung der Arbeitnehmer 1906 ein großer Mißerfolg. Der Erfolg der Formner und Gießerarbeiter brachte für viele Tausende Metallarbeiter auch Verkürzung der Arbeitszeit und, wie aus der Kurve des Verdienstes der Arbeiter der Hannoverischen Maschinenbau-A.-G. hervorgeht, auch Lohnsteigerungen. Aber auch Beginn und Verlauf der Aussperrung von 1912 bestätigen, daß Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, auch wenn sie in der Luft liegen, niemals von den Unternehmern freiwillig eingestrichelt werden. Es ist aber ebenfalls unrichtig, wenn ter Meer behauptet, bei diesem Kampfe seien Erfolge nicht erzielt worden. Erreicht wurde: Vom 1. Juli 1912 an eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden pro Woche nebst 8 $\%$ Lohnsteigerung, vom 1. Juli 1913 an eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde. Also $2\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeitverkürzung zusammen von den geforderten 3 Stunden. Die Arbeiter mußten $\frac{1}{2}$ Stunde fallen lassen. Die geforderte Lohnsteigerung von 3 $\%$ wurde voll erreicht.

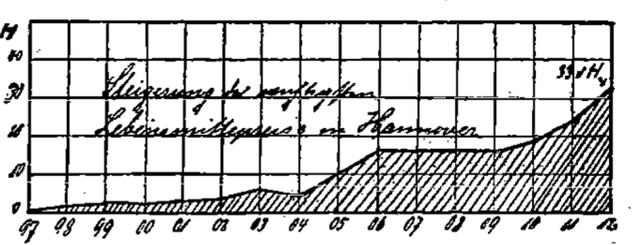


Die Kurven für die allgemeinen Unkosten weisen ebenfalls eine ständige Steigerung auf. Die Streikjahre 1906 und 1912 treten hier hervor, weil der Jahresanfang durch die Betriebsstörungen erheblich zurückgefallen, während die allgemeinen Unkosten nahezu ohne Unterbrechung weiterliefen. Der Streik im Jahre 1911 (1912) tritt in seiner Wirkung nicht so sehr in Erscheinung wie der des Jahres 1906, weil es möglich war, den Betrieb teilweise aufrechtzuerhalten, während im Jahre 1906 das ganze Werk stilllag.

Nicht ohne Abzicht werden in der Kurve allgemeine Unkosten, Gehälter, Steuern und soziale Lasten zusammen dargestellt. Zusammen zeigt das Aufsteigen der Kurve 1906 fast eine Verdoppelung der Unkosten. Auch 1912 zeigt sich dieselbe Erscheinung. Nur ist es bemerkenswert, daß hier Herrn ter Meer eine Verdoppelung der Unkosten unterstellt ist. Betrachtet man sich die Kurve der Leistungssteigerung für die Arbeitsstunde in den Jahren 1906 und 1912, so können wir uns erklären, daß die Unternehmer in der Aussperrung nicht mehr

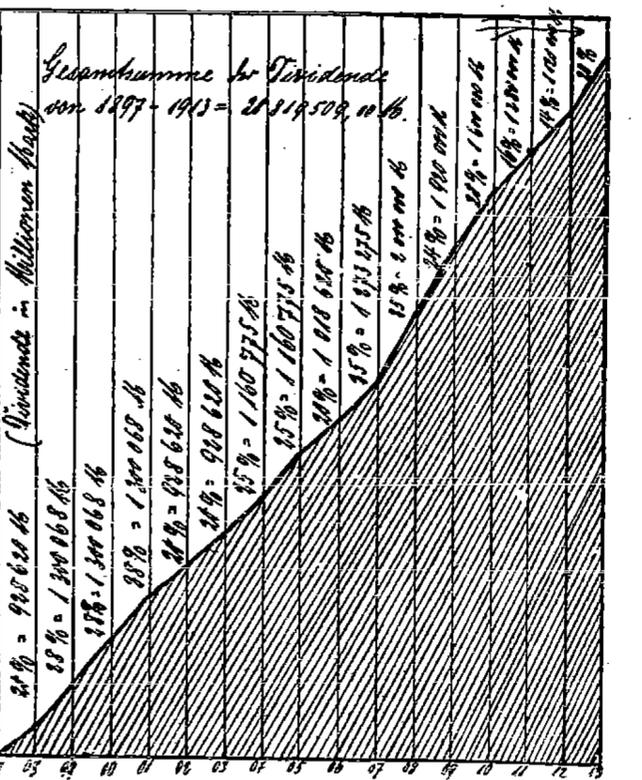
das Mittelmittel sehen. Wie aus dem Verlauf der Kurve der ausgeschütteten Dividende ersichtlich, sind in letzter Linie die Aktionäre der Hannoverischen Maschinenbau-A.-G. die Leidtragenden, und diese werden gewiß den ausperrungswilligen Direktoren einen kleinen Dämpfer aufgesetzt haben. Man vergegenwärtige sich auf der andern Seite, welche Verbesserungen die Arbeitererschaft trotz Aussperrungen erzielt hat, und es wird einem jeden klar werden, warum auf einmal die Unternehmer ein Haar in der Suppe gefunden haben. Die Kurven der Unkosten sowohl wie die der Leistungssteigerung ergeben, daß nicht die Zugeständnisse an die Arbeiter die höheren Unkosten und die geringere Leistungssteigerung verursacht haben, sondern einzig und allein die blödsinnigen Aussperrungen. Trotz höherer Löhne, trotz kürzerer Arbeitszeit eine größere Leistungssteigerung. Diese allein auf die Neuanlagen des Werks, der Anschaffung von neuen Arbeitsmaschinen und Einführung vorteilhafter Arbeitsverfahren zurückzuführen zu wollen, ist nicht angängig, denn gerade diese Neuanlagen stellen an den einzelnen Arbeiter, an seine geistige wie körperliche Arbeitskraft gewaltige Anforderungen. Diese Arbeitskraft reißlos auszunutzen, ist das Bestreben der Unternehmer. Darum haben die Arbeiter jetzt mehr denn je alle Verantwortung, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Eine Maschine ersetzt der Unternehmer durch eine neue, die ihm Geld kostet; ist der Arbeiter nicht mehr leistungsfähig oder alt, wird auch er ersetzt durch einen jüngeren, leistungsfähigeren. Dieses sollten sich die Arbeiter immer vor Augen halten, und daher unausgesetzt an dem Ausbau ihrer einzigen Stütze, der Organisation, arbeiten. Die Unternehmer versuchen mit Hilfe der gelben Werkvereine das zu erreichen, was ihnen durch die Aussperrung nicht gelungen ist, die Widerstandskraft der Arbeiter, die in ihren Organisationen liegt, zu brechen. Wie verhängnisvoll ein Gelingen dieses Planes der Unternehmer für die Arbeiter sein würde, tritt deutlich zutage, wenn man sich vor Augen stellt, daß die wirtschaftliche Existenz der Arbeiter nicht allein von einem profitablen Unternehmertum beschränkt ist, sondern auch durch die volkreisliche Steuerpolitik der Herrschenden stark beeinträchtigt wird.

Bei den Arbeitern der Hannoverischen Maschinenbau-A.-G. konnte eine Verdienststeigerung von 45 vom Hundert von 1897 an festgestellt werden. Wie diese Verdienststeigerung wieder zunächst gemindert worden ist durch Verteuerung der Lebensmittel, ergibt sich aus der Kurve der Anschaffung der wichtigsten Lebensmittelpreise. Als wichtigste Lebensmittel bezeichnen wir: Rindfleisch, Schweinefleisch, Speck, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Weizenmehl, Roggenmehl, Erbsen, Bohnen, Linen, Reis, Kaffee, Butter, Roggenbrot und Weizenbrot.



Die Preise dieser Lebensmittel, festgestellt vom statistischen Amt der Stadt Hannover, dienen als Unterlage unserer Darstellung. Der Durchschnittspreis derselben pro Kilo ist in der Vergleichszeit um 33 vom Hundert gestiegen. Bedenkt man noch, daß nicht nur die Lebensmittel, sondern fast alle übrigen Bedarfsartikel, namentlich auch die Wohnungen in Preise gestiegen sind, so kommt man zur Feststellung der bedauerlichen Tatsache, daß alle erzielten Lohnsteigerungen aufgehen für die verteuerte Lebenshaltung.

Anders liegen ja die Verhältnisse bei den Unternehmern. Schon eingangs wurde konstatiert, wie glänzend die Aktionäre der Hannoverischen Maschinenbau-A.-G. dastehen. Eine Zusammenstellung der seit 1897/98 bis 1912/13 an die Aktionäre ausgeschütteten Dividende ergibt folgendes Bild:



Also fast das gesamte eingezahlte Kapital seit Bestehen der Aktiengesellschaft wurde in diesem Zeitraum an die Aktionäre zurückerstattet. Kräftiger kann der Widerstand der kapitalistischen Produktionswirtschaft nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Werden die Arbeiter der Hannoverischen Maschinenbau-A.-G. noch an die gemeinsamen Interessen zwischen Kapital und Arbeit glauben, wenn sie sich die Gesagte vor Augen führen? Wir hoffen, daß sie durch vorstehende Schilderung zum Nachdenken angeregt werden. h.

Berichtigung. In dem Artikel über Kartelle, Trusts und Arbeiterinteressen in Nr. 50 ist in Absatz 2 der vorletzte Satz dahin zu ändern, daß es heißt: Eine Anmerkung über den dreihundertfachen Betrag des Schichtverdienstes bei Krupp, der 1912 für die Schicht 5,99 $\%$ betrug, u. s. w.

Seelenverwandtschaft. Gebenst am Wegestrande Ein flüchtiger Krieger, schon Gebraut von tiefer Schande, Da sehst er brach die Frau. Der Krieg ist nun beendet, Der lebt und wippt kaum, - Im Gemat roth geworden, Dinst manchem stolz die Feind. Des Arbeitsheroes Walten Gen from und fast ist Krieg, Des Eigenmuthes Schalten Nicht Einheit, läßt den Sieg. Nach hartem Kampfe wieder Geht's stolzburchs Tor. - In Schmach Doch meinet jeme drüber, Der Streifstrasse brach. R. 29., Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. Dezember der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Dezember 1913 fällig ist.

Die Verwaltungen und Geschäftsführer, die keinen geeigneten Platz zur Aufbewahrung der abgegebenen Mitgliedsbücher der zum Militärdienst einberufenen Kollegen haben, werden ersucht, die Bücher an den Vorstand einzusenden. Bei der Einsendung der Bücher muß aber ausdrücklich bemerkt werden, weshalb die Bücher eingefandt werden.

Die Verwaltungen und Geschäftsführer werden wieder darauf aufmerksam gemacht, daß zu den regelmäßigen Versammlungsangeboten im Verbandsorgan immer nur die vom Vorstand gelieferten Formulare zu benutzen sind. Die Formulare sind nach den aufgedruckten Anweisungen auszufüllen. Geschieht dies nicht, so kann die Redaktion nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Anzeigen nicht nach den Wünschen der Aufgeber ausfallen.

Die Bestellungen auf die im Jahre 1913 zu Ende gehenden Mitgliedsbücher sind so zeitig vorzunehmen, daß die Einlieferung der betreffenden Nummern in die Mitgliedsbücher keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der auszufertigenden zweiten und dritten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vornamens, des Nachnamens, des Geburtsortes und -tages sowie des Tages des Eintrittes des Buchinhabers.

Die Bestellungen können nur erledigt werden, wenn für jedes zweite oder dritte Buch ein Beitrittschein, genau und deutlich ausgefüllt, eingefandt wird. Die bestellten Bücher werden erst dann mit der Hauptnummer versehen, den Verwaltungen zum Zwecke der Ausstellung zugestellt.

Bestellungen auf eine Anzahl Bücher mit dem Bemerkten, daß die Hauptnummern am Orte eingestempelt und uns später die Beitrittscheine zugesandt werden, können nicht erledigt werden.

Die Eintragung der Unterscheidungsbezüge, auf die besondere Sorgfalt zu verwenden ist, hat in der Weise zu geschehen, daß die Beiträge bis zum 14. August 1912 summarisch, die einzelnen Unterscheidungsarten jedoch getrennt aufzuführen sind. Vom 15. August 1912 an sind die Bezüge einzeln unter genauer Angabe der Bezugszeit und des Bezugsaltages einzutragen. Geschieht das nicht, dann läßt sich nicht zurückrechnen, ob und wann das Mitglied beim Bezug weiterer Unterstützung ausgerechnet ist.

Die Zahl der geliebten beitragsfreien Marken (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit) und sonstiger Beitragsbefreiung (bei militärischer Dienstleistung, Aufenthalt im Ausland) ist genau zu notieren und an der hierfür vorgesehenen Stelle auf Seite 2 der neuen Mitgliedsbücher zu vermerken. Sind beitragsfreie Marken innerhalb der letzten 72 Wochen, also vom 14. August 1912 an geliebt, so ist auch die Zeit anzugeben, in der sie geliebt wurden, zum Beispiel von der ... bis zur ... Woche 19 ...

Die abgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher dürfen, um Mißbrauch zu verhüten, an die betreffenden Mitglieder nicht wieder ausgehändigt werden. Sie sind vielmehr bis nach erfolgter Ausfertigung aller in der Verwaltungsverwaltung benötigten zweiten und dritten Bücher aufzubewahren, alsdann der Verwaltungsverwaltung zur Kontrolle vorzulegen und unter Aufsicht der Verwaltungsverwaltung zu vernichten. Zur Erleichterung der Kontrolle hat der mit der Ausstellung der zweiten und dritten Bücher von der Ortsverwaltung Beauftragte eine genaue Liste über die ausgelieferten Bücher zu führen und die Personalien der Inhaber in dieselbe einzutragen. Die Liste ist zum Zwecke eventueller Nachprüfung am Orte aufzubewahren.

Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu ersetzen sind, empfiehlt es sich, wenn sich die Ortsverwaltungen alle mit Jahreschluss 1913 ablaufenden Mitgliedsbücher aus ihrer Mitgliederliste jetzt schon ausziehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung zur Einsichtnahme vorzulegen.

Die Mitglieder werden ersucht, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern. Wir bemerken dazu, daß die Ausfertigung von Ersatz-Mitgliedsbüchern entsprechend den Bestimmungen des § 21 Absatz 1a des Statuts nur innerhalb sechs Wochen des ersten Quartals 1914 ipse facto erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten und dritten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden.

Auf Anregung des Kaiserlich Statistischen Amtes wird für die Arbeitslosenzählung im Dezember d. J. ausnahmsweise nicht der letzte Tag der letzten Arbeitswoche, der 27. Dezember, sondern der 31. Dezember zugrunde gelegt. Es ist nämlich anzunehmen, daß am 27. Dezember, der zwischen zwei Feiertagen gelegen ist, zahlreiche Betriebe nicht in Tätigkeit treten werden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandstatuts gestattet.

Der Verwaltungssitz in Nürnberg ist monatlich. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Genua für die Formier- und Kernmacher 5 § pro Woche.

Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nürnberg: Der Formier Martin Serzog, geb. am 13. Februar 1873 zu Dornbirn, Buch-Nr. 1946133, wegen unkollegialen Verhalten.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wegefeld: Der Stenmer Albert Weßphal, geb. am 24. Dezember 1877 zu Großpallotin, Buch-Nr. 1,147903, wegen Demunziation.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Würzen:

Der Dreher Felix Schwarzbauer, geb. am 19. Januar 1885 zu Wien, Buch-Nr. 2, wegen Nichterledigung seiner Verpflichtungen.

Auf Beschluß des Vorstandes:

Der Formier Friedrich Mogler, geb. am 11. August 1880 zu Bödingen, Buch-Nr. 459220, wegen unkollegialen Verhalten.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16a, zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Hermann Wacker, Stuttgart, Röntgenstraße 16a; auf dem Postamt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugzug ist fernzubalten:

von Brüdern nach Erfurt (Fa. Vita G. m. b. H.) R.; von Feilenbauern u. Feilenarbeitern nach Gera (Firma Richard Zuff); nach Wülshelm a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.; von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach Berlin-Lichtenberg (Firma Hugo Hartung, U.-G.) Str.; nach Darmstadt (Gebr. Röder); nach Karlsruhe (Fa. Schmitt & Keller) M.; nach Lucka (Fa. Dr. Winkelmann) D.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügelisenfabrik) Str. u. A.; nach Salzwedel (Firma Müller) R.; nach Sanda u. B. Böh. Weipa, St.; nach Stavanger in Norwegen (Fa. Elektrofabrik) R.; nach Zwickau; von Graveuren und Bisleuren nach Frankenberg i. S. (Firma Aug. Dippmann & Co.); von Heizungsmonitoren und Helfern nach Chemnitz (Firma Gebr. Weißbach) M.; von Installateuren nach Wiesbaden (Fa. Döflein) M.; von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Jfenburg bei Frankfurt a. M. (Firma Petri); nach Plauen (Fa. Schuster); nach Sprendlingen bei Frankfurt a. M. (Firma Petri); von Kupferklempnern nach Chemnitz (Fa. Gebr. Weißbach) M.; von Mechanikern nach Frankfurt a. M. (Fa. Schneider & Naujoks); von Metallarbeitern aller Branchen nach Amsterd. (Hertel & Co.) St.; nach Bergeborf (Fa. Jastram, Motoren) St.; nach Borchard (Worbecker Zink) M.; nach Frankfurt (Gebr. Röder); nach Gger (Premierfabrik) St.; nach Frankenberg i. S. (Fa. A. Dippmann & Co.); nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügelisenfabrik) St.; nach Tschirnitz bei Pürstein in Böhmen (Kugellagerwerke Fichtel & Sachs); nach Walb bei Solingen (Firma Karl Prinz vorm. Hermes & Jeyen); nach Wismar; von Schleifern nach Erfurt (Fa. Vita G. m. b. H.) R.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügelisenfabrik) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; u. St. heißt: Streit in Mischst.; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. i. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Verbandsmitglied des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anträge sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formier.

Hannover. Wie fast überall, so hat auch hier die Krise kräftig eingeleitet. Entlassungen, Verkürzung der Arbeitszeit wegen Mangel an Arbeit und häufiges Ausbleiben sind die Merkmale. Als die „Produzenten“ in der Metallverarbeitung sind die Formier und Gießereiarbeiter die zuerst betroffenen. Um nur den Grad der Krise - die Neben-ernehmungen lassen sich leider gar nicht in Zahlen ausdrücken - für ihren Beruf zahlenmäßig festzustellen, hatte die Branche der Formier und Gießereiarbeiter in neunzehn hiesigen Gießereien eine Rundfrage veranstaltet. Die Zahlen vom vorigen Jahre mögen vielleicht nicht ganz genau stimmen, das Gesamtbild wird aber hierdurch nicht verschoben. Die Ausstellung zeigt, daß diese Gruppe der Metallarbeiter von der Krise schon arg mitgenommen ist und noch wird, läßt aber auch den Schluss zu, daß es in den weiterverarbeitenden Gruppen - Dreher, Schlosser - ähnlich aussieht. In den neunzehn Gießereien waren beschäftigt im vorigen Jahre rund 1710, im Monat Oktober dieses Jahres rund 1460, so daß eine Abnahme von rund 250 Arbeitern in dieser Gruppe zu konstatieren ist. Die einzelnen Kategorien der Gießereiarbeiter sind in folgender Weise hieran beteiligt:

Formier	1912: 530, jetzt: 435, weniger 95
Maschinenformier	1912: 258, = 215, = 43
Kernmacher	1912: 248, = 216, = 32
Rüger	1912: 288, = 259, = 29
Hilfsarbeiter	1912: 388, = 334, = 54

Das ist aber nicht alles, die Beschäftigung setzt auch nicht für die 1460. In einem Betriebe ist die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verkürzt, außerdem wird Sonnabends nicht gearbeitet; zwei Betriebe lassen Sonnabends nicht arbeiten; ein Betrieb arbeitet Sonnabends nicht, außerdem müssen verschiedene Arbeiter noch tagelang aussetzen; ein Betrieb hat die Arbeitszeit um täglich zwei Stunden gekürzt; drei Betriebe arbeiten neun Stunden, in einem dieser Betriebe muß noch zeitweilig ausgehört werden; in drei Betrieben ist die Arbeitszeit zwar wie früher, doch müssen in diesem ein Teil Leute oft tagelang aussetzen. In den übrigen hiesigen Betrieben wurde weder eine Verkürzung der Arbeitszeit noch Aussetzen festgestellt. Aber von guter Beschäftigung kann auch in diesen Betrieben, mit Ausnahme von zwei, keine Rede sein. So sah es im Oktober in den Gießereien aus. An eine Besserung ist noch nicht zu denken, im Gegenteil, alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert. Wahrhaftig, trübe Aussichten für den kommenden Winter. Solche Zeiten müssen auch dem Indifferentesten die Augen öffnen, ihn vom Harmonieidyll befreien und zeigen, wo sein Platz ist. Die Rundfrage erstreckte sich auch zugleich auf die Zugehörigkeit zu den hier bestehenden Werkvereinen. Als Mitglieder dieser Vereine wurden gezählt: 30 Formier, 21 Maschinenformier, 27 Kernmacher, 45 Rüger, 73 Hilfsarbeiter. Diese Zahlen (zusammen 199) sind gegenüber der Gesamtbeschäftigung in den Gießereien gering zu nennen. Das Hauptkontingent stellen die Vorarbeiter für Monatsgehalt, alle Leute und solche, die gelegentlich der vorjährigen Bewegung Streikbrecher spielten. Besonders bei den Gruppen der Sand- und Maschinenformier sind es nur einzelne, die ihrer bisherigen Organisation den Rücken gekehrt haben. Ein Teil der 199 hat aber jetzt schon ein Haar in der Werkvereinsuppe gefunden, man hatte sich eben mehr versprochen. Wir können deshalb für Hannover mit Genehmigung konstatieren, daß der Formier ein schlechter Boden für gelbe Sumpfpflanzen ist und hoffentlich, trotz Krise, auch bleiben wird.

Koblenz. Zu unserer Notiz in Nr. 47 der Metallarbeiter-Zeitung über das Eisenwerk Koblenz-Meternich haben wir auf Grund neuerer Mitteilungen zu bemerken, daß durch die auf dem Bureau vorgenommene Preisänderung der Arbeitsmittel keine Herabsetzung der Preise herbeigeführt war. Der zugerechnete Kernmacher wurde als 0 u 3 p u k e r eingestellt. Weiter war der Kollege, der an die Firma die Anfrage stellte, ob er seine Familie nachhaken könnte, zur Zeit der Fragestellung bereits ein halbes Jahr im Betriebe. Das Eisenwerk Koblenz-Meternich ist jetzt reichlich mit Aufträgen versehen. Einer Arbeitsannahme unserer Verbandskollegen steht nichts im Wege.

Klempner.

Stettin. Von der hiesigen Metallwarenfabrik und Schiffsklempnerei Fr. Schillbach werden in auswärtigen Zeitungen fortlaufend lauter artikeltende Klempner gelacht. Wollen sich Kollegen, so wird ihnen unter Zusicherung dauernder Arbeit ein Stundenlohn von 45 bis 50 A, als Arbeitsverdienst 60 bis 65 A, die Stunde verprochen. Sind die Kollegen hier, so erfahren sie, daß der verordnete Verdienst nicht nur eine Phantasie ist, sondern daß manche Kollegen auch schon wieder entlassen werden, bevor sie in den Genuss des Arbeitsverdienstes kommen. So ging es Frankfurter Kollegen,

die nach kurzer Zeit ihre Papiere vom Meister mit dem Bemerkten erhielten, er habe für sie keine Arbeit mehr. Da es in Stettin für Klempner saul aussieht, waren die Kollegen gezwungen, abzuhelfen. Nicht nur die Beschäftigungsdauer ist bei der Firma unsicher, auch die verschiedenen Löhne werden nicht gezahlt und die Arbeitsverhältnisse nicht erfüllt. Im Lohn wird fast nur 45 A gezahlt, aber auch nur als Abschlag auf den Vorlohn. In vielen Fällen wird überhaupt nicht mehr als 45 A verdient, sogar noch darunter. Den Kollegen wird nur selten der Arbeitspreis mitgeteilt, Arbeitsmittel werden nicht ausgereicht. Es ist charakteristisch, daß selbst ein Streikbrecher, der die Hausnummer verwechselt hatte, wieder aufhörte. Dieser hatte nämlich von der Sperrung gelesen und glaubte, seine Suppe kochen zu können. Hier sollte er aber arbeiten, und nach unter den schlechten Bedingungen. Schilbach fördert auch die gelbe Bewegung. Aus alledem geht hervor, daß die Kollegen im Lande bei Arbeitsangeboten von Schilbach vorsichtig sein müssen.

Metallarbeiter.

Arnstadt i. Th. Im Laufe dieses Jahres ist an dieser Stelle schon einmal über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einiger Automobilfabriken berichtet worden. Daraus war zu entnehmen, daß in der Zeit der Krise die Lohnnehmer befristet sind, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, besonders Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Auch hier befindet sich seit Jahren eine Automobilfabrik von Rud. Ley, U.-G. In diesem Betriebe standen bisher die Arbeiter fortgesetzt mit der Leitung in Differenzen. Schlechte Bezahlung durch einige Vorgesetzte, Einschränkung bestehender Rechte, keine besondere Vergütung für Überstunden, ein Strafsystem und Lohn- und Arbeitsbedingungen waren die Ursachen. Die Folgen waren großer Wechsel von Arbeitern, ein fortwährendes Kommen und Gehen. Viele der hier in Arbeit Getretenen glaubten, in diesem Betriebe eine sichere Existenz zu finden, aber bald wurden sie eines Besseren belehrt. Um die Organisation hatten sie sich in früheren Jahren sehr wenig bemüht, sie waren mit allem zufrieden, was die Firma bot. Durch allzu schnelles Ausstreiten einzelner Vorgesetzter wurden aber diese Arbeiter auch anderer Ansicht und traten dem Verband bei, mit dessen Hilfe war es ihnen möglich, einige Verbesserungen zu erreichen. Als die Krise sich auch bei der Firma bemerkbar machte, sollte auf alle Fälle „rationeller“ gearbeitet werden, wenn man mit der Konkurrenz Schritt halten wollte. Die fremden Meister verschwanden mit der Zeit. Ihre Stellen wurden durch Vorarbeiter, die mit dem Obermeister verbannt und bekannt waren, besetzt. Kurze Zeit nach diesen Vorkommnissen wurde eine Abteilung nach der anderen mit Arbeitsreduzierungen bestraft. Aber nicht alle Arbeiter wurden davon betroffen; denn es mußte auf alle Fälle Unmöglichkeit unter sie getragen werden. Das hatte auch zur Folge, daß einige aus dem Verband austraten, wahrscheinlich in der Hoffnung, bei der Firma eine Anstellung zu erhalten oder mehr in Arnstadt verdienen zu können. Den Arbeitern wird jetzt jedes schadhafte oder unbrauchbar gewordene Stück Arbeit und Werkzeug in Abzug gebracht. Hartes Material wird nur in den seltensten Fällen besser bezahlt. Die Dreher und Maschinenarbeiter haben hauptsächlich darunter zu leiden. So ist es vorgekommen, daß Arbeiter mit Verdiensten von 8, 9, 12, 15 und 18 A abgefunden wurden; ihnen den Stundenlohn auszugeben, konnte sich die Firma nur sehr selten entschließen. Auch das Spitzelwesen macht im Betriebe Fortschritte. Es wackert auszubrechen, war man früher schon bemüht. Der Vorarbeiter Börner, dem die Kontrolle und Werkzeugmacher übertragen wurde, kann den Arbeitern das Leben so schwer wie möglich machen. Auch führt er sich den Betrieb gewissen, wenn der Herr früher, als er noch Automatenmacher war, eine bessere Tätigkeit einfallen hätte. Die Organisation zu vernichten oder zur Bedeutungslosigkeit herabzubringen, hat man sich zur Aufgabe gemacht. Auch diese Tat zu vollbringen, ist der fehnlichste Wunsch des Vorarbeiters Börner. Beschämend ist es, daß sich auch Arbeiter daran beteiligen. Diese Absichten auszuführen zu machen, muß jeder im Betriebe arbeitende und es mit der Organisation anfrichtig meinende Kollege befehdet sein. Dazu ist nötig, daß alle Kollegen unter sich einig sind und dafür sorgen, daß auch der letzte Arbeiter dem Verband beiträgt. Die Kollegen im Lande aber seien gewarnt; sich vor Schaden zu bewahren, haben sie selbst in der Hand.

Chemnitz. Der Sittlichkeitsbund im Dienste der Gelben. In der Sächsischen Maschinenfabrik wurden die jungen Leute, die der gelben Jugendbewegung angeschlossen sind, für den 7. Dezember 1913 zu einem Vortrag des Sittlichkeitsbundes vom weißen Kreuz eingeladen. Die im Betrieb ausgeschängt gewesene Einladung lautete: „Vereinshaus, Helenestraße 24. Sonntag, den 7. Dezember 1913, 3 Uhr nachmittags, öffentlicher Vortrag. Thema: Was will der Sittlichkeitsbund vom weißen Kreuz? Referent Sekretär Klais. Jeder junge Mann herzlich willkommen. Eintritt frei. Eine reine Jugend, eine glückliche Jugend.“ Ob der Sittlichkeitsbundesoffizier den jungen Leuten gesagt hat, daß es unrichtig ist, für einen Sittlichkeitsbund die Arbeitsbrüder zu verraten und diese zu schädigen; daß es unrichtig ist, als Spion unter den Arbeitsbrüdern tätig zu sein und im Falle eines Kampfes den eigenen Berufskollegen in den Rücken zu fallen? Ist es den jungen Leuten gesagt worden, daß es unrichtig ist, wenn die Unternehmer große Summen für die Gelben ausgeben und diese sich dafür verpflichten, gegen die eigenen Interessen, gegen die allgemeinen Interessen der Arbeiter zu wirken? Gelagt muß den jungen Leuten werden, daß es höchste Sittlichkeit bedeutet, solidarisch zu handeln und zu wirken für eine höhere Kultur unter den Zeitgenossen; daß es nichts Höheres und keine größere Sittlichkeit geben kann, als das eigene Interesse dem der Gesamtheit zu unterordnen. Das Bestreben der Gelben bedingt aber das Gegenteil von Solidarität. Für diese gilt die trasse Selbstsucht. Die Korruption ist dort stark ausgeprägt und wird von unersättlicher Profitgier erfüllten Unternehmern gefördert. Das Ehrgefühl zu weden, das Selbstvertrauen zu stärken, die Willenskraft zu nähren, um so die Menschheit zu erziehen für eine höhere Kultur, das ist wahre Sittlichkeit. Dieses Bestreben ist aber verpönt bei den Unternehmern und darf deshalb bei den Gelben nicht auskommen.

Leipzig. Gelbe Zukunft. Als die Metallarbeiter im Jahre 1911 beim Verhandeln mit den Metallindustriellen die Forderung stellten, daß, bevor Entlassungen vorgenommen werden, die Arbeitszeit zu verkürzen sei, erklärte Herr R o t h e, Milinhaber der Firma J a n g e r, R o t h e & M a c h t i g a l l, als Vorsitzender der Verhandlungskommission im Ausstrich der Selbstverleumdung: „Das macht jeder a n s t ä n d i g e U n t e r n e h m e r.“ Wenn infolge guten Geschäftsganges (1911/12) dieser Herr nicht in die Verlegenheit kam, sein Wort einlösen zu müssen, so sind doch die Dinge mit dem Verstreichen der Krise und vor allem mit der vor Jahresfrist erfolgten Gründung des gelben Werkvereins anders geworden. Wir glauben gern, daß, abgesehen von dem schönen Stück Geld, das die Bewegung Herrn R o t h e kostete, es ihm überaus schmerzhaft war, unter dem Druck der Verhältnisse Zugeständnisse gemacht zu haben. Scheut sich doch Herr R. im Bunde mit seinen Meistern und Helfern nicht, den Arbeitsmangel zu benützen, um seine organisierten Arbeiter zu zwingen, entweder geld zu werden oder den Betrieb zu verlassen. Seit einem vollen Jahre wird dies mit aller Schärfe gelebt. Man hofft, auch die wenigen im Betrieb noch vorhandenen organisierten zum Unfall zu verurteilen. Ganz besonders glaubte sich der Drehermeister U r c h a r d t hervortun zu müssen, um die ihm unterstellten Arbeiter in den gelben Sumpf hineinzutreiben. Zwei Kollegen meldeten bei ihrer Gesandung pflichtgemäß acht Tage vorher, daß sie die Arbeit wieder antreten könnten. Er erklärte ihnen: „Zu tun haben wir eigentlich gar nichts, aber wenn Sie in den Werkverein eintreten, dann wollen wir Sie mit d u r c h s c h i e p e n.“ Unsere Kollegen leugnen diese fremdliche Einladung ab und wurden darauf entlassen. Einem andern Kollegen jagte man kurze Zeit nach seiner Entlassung, daß er seine Sachen abholen müsse. Gestrichelt wurde auch gesagt, daß es sich um einen ausgezeichneten, tüchtigen Arbeiter handelte, der schon ein Duzend Jahre im Betrieb tätig war. Die Aufschlüsselung D e h m e, R e b e r und B e t t g e, die auch zum Werkverein übergetreten sind,

verlangten, daß ein organisierter Arbeiter, der über ein Jahrzehnt im Betrieb war, entweder gelb oder entlassen werden solle. Nur ihr Drängen erreichte auch den Organisierten das Schicksal. Den Lohn für seine Handlungswelt hat der Drehermeister Durchhardt allerdings bereits weg. Eines schönen Tages sollte man ihn an die frische Luft, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Der Formmeister M o h r bemüht sich ebenfalls kämpfhaft, die Gleiserei ganz gelb zu färben, angeblich auf Umwegen von oben. Dabei werden die Former, Formmacher, Gleisereiarbeiter z., trotzdem sie jahrelang als gute Arbeiter galten, in ihrem Verdienst gegen die Gelben zurückgesetzt, so daß ihnen die Luft zur Arbeit richtig verbleibt wird. Hier dient als Schreckmittel auch das Aussehen. Welcher sich ein Kollege nach Beendigung seiner unfreiwilligen Ferienpause, so wolt ihm von M. erklärt: „Ja, wenn Sie dem Wertverein beitreten, dann können Sie weiterarbeiten, sonst aber müssen Sie noch einige Zeit aussetzen.“ Man machte aber auf diese Weise nicht mit und erhielt darauf die Entlassung. Einem Kollegen gelang es, allerdings auf nachdrückliches Verlangen, darüber einmal mit Herrn Rothe zu sprechen. Dieser wurde auf die 1911 getroffenen Vereinbarungen aufmerksam gemacht. Aber Herr Rothe erklärte: „Mich hat die Bewegung 70 000 bis 80 000 M. gekostet, damals besaß ich mich in einer Kasse, heute mache ich es, wie ich will.“ Auch Meister D o p t z von der Stangerfabrik verdient als Förderer der Gelben den Namen zu werden, da er den Lohnanteil daran hat, daß in dem ganzen Betriebe die Regel hochgehalten wird: In jede Abteilung einen Meister oder Vorarbeiter, der zu Kreuze kriecht, der in der Lage ist, ungeliebten Leuten etwas einzupauken und der dafür sorgt, daß der Vorarbeiter ein Mittelglied zuntunmt. Arbeiter, die sich auf Anzeigen in den Leipziger Neuesten Nachrichten melden, erhalten folgenden Bescheid: „Wir empfangen Ihr Schreiben vom ... und erüchten Sie, sich sofort in unserer Fabrik, Leipzig-Eutritsch, Gölzlerstraße 16/18, mit Zeugnissen vorzustellen. Gleichzeitig müssen Sie sich auch bereit erklären, dem nationalen Werkverein beizutreten.“ Dieses Schreiben ist von Herrn Rothe persönlich unterzeichnet. Ueber das Arbeitermaterial, das jetzt im Betrieb ist, kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man einmal in die Schleiferei und sogenannte Schloßerei einen Blick wirft. In der Schleiferei steht als Vorarbeiter ein früherer Kollege. Die Schleiferei ist eine Art Kasse dem Rindsalter entwichene Leute unterstellt, die für den Unternehmer eine äußerst gesundheitsgefährliche, durch Abzüge verschlechterte Arbeit verrichten müssen. Die Schleiferei, in der ein Vorarbeiter und zwei Schloßer für größere Arbeiten, sonst aber eine Reihe Arbeiterinnen beschäftigt sind, ist ein wahrer Taubenslag. Mindestens drei der Beschäftigten kommen und gehen jeden Tag wegen zu „hohen“ Verdienstes. Abzüge, die bisweilen die 80 000 M. Streiklohn weitmachen sollen, sind in allen Abteilungen ein der Tagesordnung. Die Gelben kämpfen zwar auch darüber wie Rohrsperlinge, aber sie fühlen mit ihren gelben Instinkten, daß sie hier machtlos sind. Gehen sie doch, wenn sie sich dagegen erheben würden, ihrer Arbeitsstelle und vor allem auch ihrer papiernen Unterhaltungsrechte verlustig. Was für Leuten behöfem eigentlich den gelben Sumpf? Dem Stanger P a u, Bezirksleiter der Gelben, wurde von Herrn R. ein größeres Darlehen gegeben, was aber nicht verhinderte, daß er sich noch an Geldern für eine Krampflebe vergriff. Seine eigenen Gehältern sorgten dafür, daß er seines Amtes als Vorsitzender im Betrieb entbunden und dann noch aus dem Betrieb entfernt wurde. Die Krampflebe hat er wieder erlitten, ob aber Herr R. auch zu seinem Gelbe kam? Der Vorarbeiter S c h m i d t in der Schleiferei wollte sich auch verdient machen und holte für Meister Mohr bei einem Bauer Kartoffeln. Obwohl M. ihm das Geld sofort einhändig hatte, so erhielt er doch noch nach reichlich einem halben Jahre die Rechnung von dem Bauer. Das sind die Krampflebe, die sich Herr R. angeworben hatte. Wenn man sein Krampflebe, daß der Betrieb die Rechnungen von Freizeitanalisten rein sein soll, erledigt ist, dann hat Herr Rothe sein Ziel erreicht. Ob aber seine Krampflebe, und damit die bessere Geschäftsgang sein Selbstverdienst mitmacht, das wird eine andere Frage sein. Gelb ist aber für uns, daß die gelbe Bewegung schon jetzt ihrem Ende entgegenzugehen beginnt. Wie reist sich aber Herr Rothes Handlungswelt mit der jetztzeit gegebenen Versicherung, er sei ein anständiger Unternehmer, zusammen?

Schmiede.

Hannover-Linden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schmiede und Kesselschmiede von Hannover-Linden und Umgebung. Ueber dieses Thema referierte in der letzten Branchensammlung der Schmiede und Kesselschmiede der Kollege Striefler an Hand der im Monat Juni angenommenen Verursachungsliste. Er erklärte einleitend, daß auch bei dieser Aufnahme sich wieder gezeigt habe, daß die Kollegen denartigen Erhebungen leider viel zu wenig Aufmerksamkeit schenken. In recht vielen Fällen seien bei Ausfüllung der Fragebogen große Schwierigkeiten zu bewältigen gewesen. Die wenigsten Fragebogen seien gleich von Anfang an brauchbar ausgefüllt gewesen, so daß unvollständige und unvollständige Mitteilungen bei den Kollegen sich notwendig machten. Die ausgewählte Mitg. habe sich aber gelohnt. Das jetzt vorliegende Gesamtresultat sei zufriedenstellend. Erfaßt wurden 188 Betriebe mit 1074 beschäftigten Kollegen und 137 Schichtungen. Diese verteilen sich auf folgende Gruppen:

Art des Betriebes	Anzahl der Betriebe	Beschäftigte	Schichtungen
Maschinenindustrie	38	425	1
Eisenkonstruktionsbetriebe	9	54	—
Kesselschmiedereien	10	302	62
Werkstätten (Reparatur-) Betriebe	35	126	—
Wagenfabriken	4	46	—
Kleinbetriebe Stadt Hannover-Linden	69	88	53
Kleinbetriebe Landgebiete	18	13	21

Die beschäftigten Gesellen stellen sich ihrer Beschäftigung nach wie folgt: Feuerzschmiede 361, Stodgeschellen 303, Hühnerzschmiede 35, Beschlagsschmiede 25, Wankschmiede 43, Kesselschmiede 26, Sonstige Berufe (Wagenzschmiede, Schweißerei) 20. In den Betrieben der Metall- und Maschinenindustrie war zur Zeit der Aufnahme die 57stündige Arbeitszeit vorherrschend. Von den aus diesen Gruppen ermittelten Betrieben hatten 36 Betriebe eine vollständige Arbeitszeit von 57 Stunden. In 18 Betrieben betrug die Arbeitszeit weniger, in 7 Betrieben mehr als 57 Stunden die Woche. Von 1. Juni dieses Jahres an ist in den meisten Betrieben mit 57stündiger Arbeitszeit eine weitere Verhängung von einer halben Stunde eingetreten, so daß von diesem Zeitpunkt an in der Metallindustrie durchweg eine längere als die 57stündige Arbeitszeit besteht. In den gemischten (Reparatur-) Betrieben liegt das Verhältnis ungunstiger. Hier besteht nur in 12 Betrieben die 57stündige Arbeitszeit. In 7 Betrieben betrug die Arbeitszeit weniger als 57 Stunden, während in 16 Betrieben mehr als 57 Stunden, durchschnittlich 60 Stunden und mehr die Woche gearbeitet wurde. In den Kleinbetrieben stellt es sich nicht anders. Auch hier ist die 57stündige Arbeitszeit noch vorherrschend. Nur 6 von 69 Betrieben im Stadtgebiet haben eine 57stündige Arbeitszeit. Die 18 Kleinbetriebe im Landgebiete haben 61stündige, einige gar noch 63stündige Arbeitszeit pro Woche. Ueberhaupt sind in allen Betrieben die Überstunden durchwegs nur in geringen Grenzen gehalten. In 45 von 57 Betrieben der Metallindustrie wird ein besonderer Zuschlag für Überstunden, meistens 10 % oder 25 Prozent, zum Lohn bezahlt. Für Nacht- und Sonntagsarbeit wird in 31 Betrieben ein noch höherer Satz, meist 20 % oder 25 Prozent zum Lohn bezahlt. In den Reparaturbetrieben wird, trotzdem hier Überstunden meist Regel sind, nur in etwa der Hälfte der Betriebe ein Zuschlag für Überstunden bezahlt. Die Höhe ist hier sehr verschieden. In den Kleinbetrieben wird in der Mehrzahl der Betriebe für Überstunden ein

Zuschlag von 10 % bezahlt. Die Lohnzahlung findet überwiegend noch am Sonnabend statt. Nur in 16 von 57 Betrieben der Metallindustrie findet die Abrechnung an einem andern Wochentage statt. In den gemischten Betrieben und bei den Kleinbetrieben ist das Verhältnis nicht günstiger. In einigen Kleinbetrieben des Landkreises findet die Abrechnung noch am Sonntag statt. Von 1045 Personen sind Angaben über die Lohnverhältnisse gemacht. 28 arbeiten von diesen in Wold 673 Personen, in Stundenlohn 361 Personen und in Wochenlohn bei freier Station 11 Personen. In der Metall- und Maschinenindustrie ist die Woldarbeit vorherrschend. Hier sind 669 Personen in Wold und nur 172 Personen in Stundenlohn beschäftigt. In den Reparaturbetrieben sind 120 Personen in Stundenlohn und nur 4 Personen in Wold beschäftigt. In den Kleinbetrieben in der Stadt sind 70 Kollegen in Stundenlohn und 3 Kollegen in Wochenlohn nebst freier Station, in den Landbetrieben 2 Kollegen in Stundenlohn und 9 Kollegen in Wochenlohn mit freier Station beschäftigt. Die Verdienste stellen sich wie folgt:

Branchen	bei Stundenlohn			bei Wold			Gesamt-Durchschnitt
	höchster Verdienst	niedrigster Verdienst	Durchschnitt	höchster Verdienst	niedrigster Verdienst	Durchschnitt	
Feuerzschmiede	75	35	51,8	100	55	75,8	61,3
Stodgeschellen	58	20	49,1	90	40	55,2	54,2
Hühnermacher	—	—	—	77	60	70,9	70,9
Kesselschmiede	59	36	49,6	92	36	61,2	59,2
Wankschmiede	52	34	43,4	65	48	55,5	49
Beschlagsschmiede	50	22	41,6	—	—	—	41,6
Sonstige Berufe	65	52	60,2	—	—	—	60,2

* Außerdem in Wochenlohn: einmal 8 M., zweimal 8 M., in Stadtbetrieben; zweimal 6 M., zweimal 9 M., fünfmal 13 bis 15 M. in Landbetrieben.

Die Verdienste sind in den einzelnen Gewerbegruppen recht verschieden. Die höchsten Verdienste werden in der Maschinenindustrie erzielt. Am schlechtesten wird in den Reparatur- und in den Kleinbetrieben bezahlt. Grund dazu ist die ungenügende Organisation in den letzteren Betrieben, wie wir noch nachweisen werden. Das Lohnsystem ist nur in wenigen Kesselschmieden und in einer Abteilung der Sonntag durchgeführte. Die Festsetzung der Woldpreise geschieht zwar in den meisten Fällen noch durch die Meister. Es tritt aber auch in den Schmiedereien das Bestreben, die Preise durch besondere Kalkulationsbureau berechnen zu lassen, immer mehr hervor. Dadurch wehren sich die Differenzen über die Höhe der Woldpreise. Die Verteilung des Woldüberzuschusses zwischen Feuerzschmiede und Stodgeschellen ist eine der wichtigsten Fragen für die in Wold Beschäftigten. Die Beantwortung der diesbezüglichen Fragen ergibt, daß hier große Unterschiede und auch Ungerechtigkeiten bestehen. Wenn auch anerkannt werden soll, daß dem Feuerzschmied entsprechend seiner Verantwortung ein höherer Anteil am Woldüberzuschuss zufließt, so muß sich dieses Mehr doch immer in angemessenen Grenzen halten. Dies ist aber nicht mehr der Fall, wenn, wie in einem Betriebe, der Stodgeschelle nur 25 Prozent erhält, der Feuerzschmied aber 75 Prozent des Woldüberzuschusses in seine Tasche steckt. Es handelt sich in diesem Falle allerdings um Mitglieder eines gelben Werkvereins. Keine Kollegialität! Das Durchschnittslohn der Verteilungsstab mit 55 Prozent zu 45 Prozent oder 60 Prozent zu 40 Prozent angegeben. Es kommt noch in Betracht, daß der Feuerzschmied für die Verantwortung auch schon einen höheren Lohnzuschlag bekommt. Abzüge an den Woldpreisen wurden also in den letzten Jahre vorgenommen aus 10 Betrieben gemeldet. Die dafür angegebenen Gründe waren: zu hoher Verdienst, technische Verbesserungen, schlechter Geschäftsgang, Konkurrenz. Aus einem Betriebe wurde gemeldet, daß die Preise durchgängig um 20 bis 40, je bis 50 Prozent reduziert seien. Dadurch, daß das Gros der Kollegen dem gelben Verein angehört, sei ein Widerstand nicht mehr möglich gewesen. Die Verdienste sind hier wesentlich zurückgegangen! Die sanitären Verhältnisse in den Großbetrieben sowohl wie in den Reparatur- und Kleinbetrieben lassen nach den eingegangenen Antworten sehr viel zu wünschen übrig. Die Reinigung der Werkstätten wird oft als ungenügend bezeichnet. Es wird gelagt über schlechte, mangelhafte und unangenehme Aborte. In manchen Betrieben ist nicht einmal Trinkwasser zu bekommen, so daß die Arbeiter auf den Genuss alkoholischer Getränke angewiesen sind. Die Beleuchtung wird nur in wenigen Fällen als gut und einwandfrei bezeichnet, trotzdem in den Großbetrieben meistens elektrische Beleuchtung vorhanden ist. Als Grund wird unpraktische Anlage angegeben. Besonders viel wird über schlechte Ventilation gelagt. Der durch die Eisenentwässerung hervorgerufene Staub ist abgiebig. Andererseits wird über starke Zugluft infolge mangelhafter und unpraktischer angelegter Ventilationsvorrichtungen geklagt. Aus einer Anzahl der Reparatur- und Kleinbetriebe wird gemeldet, daß meist einmal Verbandzeug für die erste Hilfeleistung bei Unfällen vorhanden ist. Selbst die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften fehlen oft. Selbst diese einfachen und im Gesetz klar ausgedrückten Pflichten genügen manchen Unternehmern nicht. Das Organisationsverhältnis ist, daß von den 1074 Beschäftigten 748 (gleich 69,6 Prozent) einer Organisation angehören. Davon sind 709 in Deutschen Metallarbeiter-Verband, in anderen Organisationen 39. Von den 326 Personen, welche einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören, waren 107 Mitglieder in gelben Werkvereinen. Auf die einzelnen Berufe verteilt sich das Verhältnis wie folgt: Es waren organisiert von 361 Feuerzschmieden 293, von 302 Stodgeschellen 274, von 35 Hühnerzschmieden 24, von 25 Beschlagsschmieden 6, von 43 Wankschmieden 29, von 26 Kesselschmieden 162 und von 20 unter „Sonstige Berufe“ Angehörten alle. Unter den einzelnen Betriebsgruppen zeigen das beste Verhältnis die Eisenkonstruktionsbetriebe mit 88,8 Prozent dann die Maschinenbetriebe mit 78,6 Prozent, die Kesselschmiedereien mit 75 Prozent. Unter dem Gesamtdurchschnitt stehen die Reparaturbetriebe mit 57,1 Prozent, die Wagenfabriken mit 56,5 Prozent, die Kleinbetriebe in der Stadt mit 33 Prozent und die Landbetriebe mit 30 Prozent. Der Einfluss der Organisation auf das Arbeitsverhältnis ergibt sich aus der angenommenen Statistik ohne weiteres. Hier befindet sich recht anerkennend die Formel: Gutes Organisationsverhältnis, lange Arbeitszeit, hoher Lohn! Zu beachten ist der Unterschied zwischen den Verdiensten der einzelnen Kategorien in den verschiedenen Betriebsgruppen. Der Durchschnittsverdienst aller Feuerzschmiede beträgt 61,3 M. die Stunde, der Durchschnittsverdienst aller Stodgeschellen 54,2 M. Die Höhe der Durchschnittsverdienste dieser beiden wichtigsten Gruppen in den einzelnen Industriezweigen entsprechend dem Organisationsverhältnis stellt, ergibt folgende Tabelle:

Branchen	Organisationsverhältnis in Prozent	Durchschnittsverdienst der Beschäftigten	
		Feuerzschmiede	Stodgeschellen
Maschinenbetriebe	78,6	71,8	57,5
Kesselschmiedereien	75	62,6	54,9
Reparaturbetriebe	57,1	49,5	45
Kleinbetriebe	33	54,3	37,9

Es ergeben sich da also für dieselben Berufsgruppen Verdienstunterschiede von 20 M. und mehr die Stunde. Das ist doch denklich. So wie mit den Verdiensten, steht es auch mit den übrigen Verhältnissen. Die Arbeiter sind also, wie wir uns vorwährender Aufstellung ergibt, mit Hilfe einer guten Organisation wohl in der Lage, auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse einzuwirken. Allerdings geht dies nicht von heute auf morgen, es bedarf dazu langjähriger unermüdeten Arbeit. Es muß ja doch nicht, dieses ominöse Wort, es wird nicht jede Leidenschaft und Eitelkeit, die vornehmlich treffend widerlegt. Das wollen wir nicht die der Organisation nach fernestehenden Berufsgruppen betonen. Gerade in den Kleinbetrieben ist es notwendig, daß andere Verdienste geschaffen werden. In Betrieben dazu auch die Organisation hat es bisher

nicht gesucht. Im Jahre 1904 schon wurde erstmalig ein Tarifvertrag abgeschlossen, der im Jahre 1906 erneuert wurde mit Gültigkeit bis zum Jahre 1908. Seit dieser Zeit wird arifins gearbeitet. Auch der im Jahre 1911 unternommene Versuch, durch Streik wieder einen Tarif zu erzwingen, scheiterte. Es liegen eben in den Schmiedereien von Hannover recht ungünstige Verhältnisse vor. Das Vorher von zwei großen Lehrschmieden, die große Zahl der beschäftigten Meisteröhne (dadurch gestaltet sich das Organisationsverhältnis so ungunstige), die überaus starke Fluktuation der beschäftigten Gesellen, all dies wirkt zusammen und erschwert die Arbeiten der Organisation ganz bedeutend. Dazu kommt, daß durch das weitere Vordringen des Automobils im Verkehrswesen die Zahl der beschäftigten Schmiedegesellen von Jahr zu Jahr abnimmt. Die vorhandenen Schwierigkeiten dürfen aber nicht entmütigen, sondern mühten sich recht ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß auch in den Kleinbetrieben ein besseres Organisationsverhältnis und damit bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Für die organisierten Kollegen aber erwächst die Pflicht, nunmehr, wo die Berufsverhältnisse am Orte durch die Statistik hergestellt sind, mit verdoppeltem Eifer an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Denn nur durch kräftigen Zusammenstoß in der gewerkschaftlichen Organisation, durch gegenseitige Unterstützung und Solidarität und durch eifrige und ständige Mitarbeit der Kollegen ist es möglich, die so notwendige Aufbesserung der Lebenshaltung der hannoverschen Schmiede zu erreichen.

Rundschau.

Reichstag.

Belastet mit einem Mißtrauensvotum, zu dem sich fünf Sepp. des deutschen Reichstages zusammengefunden hatten, war der Reichskanzler dem Donnerschingen gefahren. Die Unterredung, die er dort mit dem Kaiser gepflogen hat, kann nur eine ganz kurze Zeit gedauert haben, denn der Monarch alle alsbald nach Bethmanns Ankunft von dem Jagdbergrüden zu einer militärischen Feier in Ludwigsburg. Aber die Blauderei am Frühstückstisch hat dem obersten der deutschen Bureaukraten doch die Gewißheit gebracht, daß er ernstlichen auf seinem Posten bleiben darf. Und so, neugierig, jagte er im Parlament ein Sprichlein auf, daß das „sogenannte Mißbilligungsvotum“ für ihn keinen Anlaß bieten könne, sein Amt zu verlassen, daß er heldenmütig ausharren werde, „um die Rechte des Kaisers gegen die Volksvertretung zu verteidigen“, daß er nie seine Zustimmung zu einer Weiterführung unserer Verfassungszustände geben wolle. Dieses entspricht der bei Bethmann Hollweg schon wiederholt herabgetretenen Meinung, sich, genau so wie Bülow, hinter die Person des Kaisers zu schließen, wenn eine Sache anfängt, ungemütlich zu werden. Eine entschlossene und zielstrebige Reichstagsmehrheit würde ihm diese Pläne bald verleiden können, denn es handelt sich jetzt in der Tat nicht um eine Verkürzung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers, sondern um die Ersetzung der Veranwortlichkeit des Kanzlers vom bloßen papiernen zu wirklichem Leben. Soweit waren wir schon vor länger als einem Menschenalter in Deutschland gekommen, daß der Kanzler vor der Volksvertretung die Verantwortung für die Taten und Unterlassungen der Regierungsgesamte zu tragen hat — so steht es nämlich in der Verfassung. Aber woran es bis zum heutigen Tage fehlt, ist die Möglichkeit, diese Verantwortlichkeit wirksam zu machen. Selbst ein Bethmann Hollweg, dem alles fehlt, was einem Manne historische Bedeutung gibt, kann kalt lächelnd den Mißtrauensbeschluss der Volksvertretung zur Seite schieben, wie wenn es sich dabei nur um einen kleinen statistischen Versuch gehandelt hätte.

Forcht man den Gründen dieses Zustandes nach, dann stellt man auf die von uns schon in unserer letzten Rundschau vorausgezeichnete Haltung der bürgerlichen Parteien. Demen liegt nicht an einer schärferen Kontrolle der Regierung durch die Volksvertretung, so lange sie sicher sind, daß die Regierung nach dem alten Grundsatze des Amtes waltet, der ein Staatssekretär einst so formuliert: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ Das wirtschaftliche Bündnis zwischen der Schwerindustrie und dem Agrarierum, das den beiden größten Kapitalmächten in unserem Volke die Grundbesitz und den Unternehmerprofit sichert, findet sein politisches Gegenstück in dem antidemokratischen Block von Wasser- und Mann bis Westarp, so schroff auch in Einzelfragen die Gegensätze zwischen den darin vertretenen politischen Parteien sein mögen.

Es war eigentlich nur eine einzige kleine Gruppe von bürgerlichen Demokraten, die sich mit der Sozialdemokratie in dem Gedanken zusammenfanden, die Konsequenz aus dem Mißtrauensvotum vom 8. Dezember 1913 zu ziehen und dem Reichskanzler sowie dem preussischen Kriegsminister das Gehalt zu verweigern und sie so zum Rücktritt zu zwingen. Alle anderen, namentlich die Hauptredner des Zentrum und der Nationalliberalen, lehnten diesen Gedanken entschieden ab. Dabei wird gewiß niemand sagen wollen, daß das Mittel nicht praktisch durchführbar wäre. Bei einer Gehaltsverweigerung bliebe der Regierung in der Tat nur die Auswahl zwischen Rücktritt oder Auflösung des Parlaments. Und der zweite Weg ließe sich durch ein Abkommen zwischen den Parteien, die zu klumpen entschlossen sind, leicht versperren: sie bräuchten sich nur für den Fall der Reichstagsauflösung aus diesem Anlaß den bisherigen Bestehenden zu garantieren. Dann sollte der Regierung wohl die Luft vergehen, das Spiel zu wiederholen.

Wie die Dinge heute bei uns liegen, bleibt nur die resignierte Feststellung übrig, daß wir soweit noch nicht sind. Der eigentliche demokratische Gedanke der Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk, lebt nur erst in der Sozialdemokratie. Und diese ist bisher in der Minderheit. Ob es im Verlaufe der Ereignisse — denn ähnliche Dinge werden sich wiederholen und die Verfassungssagen verschwinden auch bei uns nicht mehr von der Tagesordnung — auch im Bürgertum zu einer Bewegung des demokratischen Willens zur Macht kommen wird, läßt sich nicht sagen.

Bei Gelegenheit der sozialdemokratischen Interpellation über die Arbeitslosenversicherung hat die Reichsregierung erklärt, sie könne zurzeit einer solchen Versicherung nicht näher treten. Diese Antwort war vorauszu sehen. Sie kann uns nicht entmutigen. Soel ging doch aus den unter der erhaltenden Teilnahmslosigkeit des Parlaments bedauerlicherweise arg leidenden Erdtörungen der Frage hervor, daß wir in nicht sehr langer Zeit eine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit von Reichs wegen in Deutschland bekommen werden. Nur ist es die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, die Frage jetzt nicht wieder loszulassen, selbst wenn sich die Konjunktur etwa im nächsten Jahre wieder hoben sollte.

An Gelegenheiten zur erneuten Aufrollung der Debatte wird es schon deshalb nicht fehlen, weil die Sozialdemokraten immer wieder mit ihren Angriffen auf das Koalitionsrecht kommen. Dem Wunsch nach einem einfachen Ausnahmsgesetz, einem neuen Zuchhausgesetz, kann die Regierung, so erklärte der Reichskanzler dazu, nicht folgen, selbst wenn sie wollte. Dagegen wird sie bei der Revision des Strafgesetzbuches den Versuch machen, Weiterarbeiten von Straftenden durch neue und verschärfte Bestimmungen des gemeinen Rechts entgegenzusetzen, namentlich auch in der Weise, daß neben der ununterbrochenen Wahrung für einmalige Gefängnisstrafen, die ja schon besteht, auch noch die zivilrechtliche Haftung der Organisationen eingeführt wird. Auch diese Ankündigungen

Ist nicht neu. Wir unterschätzen ihre Tragweite durchaus nicht. Hinterher vertritt sich der Wunsch der Schanzmacher, die Macht der Organisationen durch rasch aufeinanderfolgende finanzielle Schläge dauernd oder doch auf lange Jahre hinaus zu zerstören. Ob aber dieser Wunsch auch Wirklichkeit werden wird, steht auf einem andern Blatt. In England hat man, wie unseren Lesern bekannt ist, schon vor einigen Jahren ähnliches versucht, ohne daß man einen dauerhaften Erfolg hätte erzielen können. In Deutschland werden in wenigen Jahren die Arbeiterorganisationen hoffentlich so stark sein, daß ein solcher Angriff von vornherein abgelehnt werden kann. Keine Arbeiterorganisation empfiehlt oder wünscht bei den Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen oder bei der Abwehr von Verschlechterungen ungeschickliche Mittel. Die meisten der vom Reichsverband verbreiteten Terrorismusgeschichten erweisen sich bei genauer Prüfung als blödsinnige Schwindel. Das wenige, was noch bleibt, ist meistens menschlich sehr erklärlich, auch wenn es gegen gewisse Paragrafen verstößt. Auch dieses unterbleibe besser. Über man würde sich sehr freuen, wenn man glaubte, die Unternehmer regten sich viel ärger auf, als einmal ein Streikbrecher einen Puff ablegt oder angepöbel wird. Sie scheuen über Terrorismus und meinen in Wahrheit das Sozialistische. Die Regierung will jetzt eine Denkschrift zusammenstellen, worin nach dem Muster früherer Stellungnahmen dieser Art die angeblichen oder wirklichen Ausschreitungen einzelner Streikender zur besseren Bearbeitung der öffentlichen Meinung zusammengetragen werden sollen. Hoffentlich bleiben die Arbeiterorganisationen im Hinblick darauf nicht müßig, sondern legen der Welt von sich aus wiederholt dar, wie es sich mit den schwarzen Wölfen, den Streikbrecherproleten, den Uebergriffen mancher Verwaltungsbehörden und überhaupt mit dieser andern Seite der Sache verhält.

Die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco, die in Anbetracht des Kulturwertes internationalen Wettbewerbs auch die Sozialdemokratie einschließen bestritten hat, muß unterbleiben, weil die Regierung erklärte, daß die zur Verfügung stehende Zeit nicht mehr ausreicht, um eine wirklich umfassende und ansehnliche Ausstellung zusammenzubringen und am Stillen Ozean aufzubauen. Man sieht: Kulturaufgaben leiden nicht!

Der Reichstag hat sich bis zum 18. Januar 1914 vertagt

Vom Hansabund.

Der Verein der Kaufleute in Berlin hat sich durch die Schanzmacherei veranlaßt gesehen, seinen Austritt aus dem Hansabund zu erklären.

Ferner verbandte die Soziale Kommission des Deutschen Werkmeisterverbandes an dessen Bezirksvereine folgende Resolution:

„Das fortgesetzte Verlangen nach einem beschärften gesetzlichen Arbeitsschutz, hinter dem sich die Beschränkung des Koalitionsrechts verbirgt, hat eine erhebliche Stärkung erfahren durch den Beschluß des Industriekongresses des Hansabundes, an Reichstag und Regierung das Verlangen zu stellen, für Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs zu sorgen und dahin zu wirken, daß die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikereignissen belehrt werden und damit eine Beschleunigung des Strafverfahrens und die Verminderung von Formalitäten zu verbinden. Weiter die Einführung der Sanktion nach § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch für die Gewerkschaften und Berufsvereine zu fordern und endlich die Verschärfung der Strafen für den Tatbestand der §§ 240, 241 des Strafgesetzbuchs zu erstreben.“

Der Hansabund, der zwar keine politische Partei sein will, aber doch mit aller Kraft dahin wirken will, daß Deutschlands Gewerbe, Handel und Industrie, die ihnen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zunehmende Gleichberechtigung in der Gesetzgebung, Verwaltung und Leitung des Staates nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch entgegenkommt und der gewerblichen Arbeit, ihren Vertretern und Angehörigen eine bessere Würdigung im Staatsleben zuteil werden, hat damit seine Richtlinien ganz gewaltig durchbrochen.

Wenn der Hansabund in der Durchführung seiner Grundzüge die Verwirklichung in einzelnen konkreten Streitfragen übernehmen will, wenn dies von beiden Seiten gewünscht wird, im übrigen aber sich in sozialpolitischen Fragen unter Innhaltung strengster Neutralität sich dort jeder Lässigkeit enthalten will, wo die Vertretung entgegengelegter Interessen Sache der für diese Aufgaben bestehenden Sonderverbände sein muß, so beweist sein jetziges Verhalten, daß er nur einseitigen Interessen und zwar Arbeitgebern dienen will.

Bisher bestand noch Hoffnung, daß das Direktorium des Hansabundes den Beschluß des Industriekongresses zurückweisen werde, aber in seiner Sitzung vom 24. November hat sich dieses den Forderungen gegenüber nicht ablehnend verhalten, sondern ist geneigt, ihnen zuzustimmen, sobald erst über die Fassung der beschärften Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter eine Einigung erzielt worden ist.

Der Deutsche Werkmeisterverband fordert in seinem sozialen Programm die gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts. Die Freiheit des Zusammenschlusses der Berufsgenossen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele ist die Grundlage aller Standesarbeit. Deswegen muß das Recht der Organisation unbedingt gesichert und jeder Angriff auf die Verbandsfreiheit abgewehrt werden.

Da der Hansabund Angestellte zu seinen Mitgliedern zählt, kann es für diese keinen anderen Weg geben, als auszuscheiden, wenn sie sich an dem Verhalten des Hansabundes nicht mitzufriedig machen wollen. Die Werkmeisterbezirksvereine Berlins und Umgebung erheben diese Pflicht, als Mitglieder einer Angestelltenorganisation, zur Ehrenpflicht und erwarten von ihren Mitgliedern, die Mitglieder des Hansabundes sind, daß sie als Protest gegen die beschlossene Beschränkung der Koalitionsfreiheit unbedingt aus dem Hansabund ausscheiden.“

Dies ging der Leitung des Hansabundes doch gegen den Strich und sie drückte an den Vorsitzenden des Werkmeisterverbandes, die Vereine möchten von einer Beschlußfassung Abstand nehmen, bis sie vom Hansabund „ausklärendes Material“ erhalten hätten. Sämtliche Vereine nahmen die Resolution fast einstimmig an, der Vorstand des Verbandes stimmte ihr ebenfalls einmütig zu.

Da ist dem Hansabund recht geschehen.

Gewerkschaftliches.

Bauarbeiter. Der außerordentliche Verbandstag der Bauarbeiter, der vom 1. bis zum 3. Dezember in Hamburg tagte, beschloß mit 221 gegen 47 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Damit haben die Bauarbeiter eine Frage erledigt, die sie seit vielen Jahren beschäftigte. In früheren Jahren lehnten die Maurer (erstmalig 1905) Anträge, die auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung hinliefen, rundweg ab. Unversehens hatten zahlreiche andere Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und mit ihr gute Erfahrungen gemacht. Dadurch wuchs auch die Stimmung der Bauarbeiter für diese Unterstützung. Dies veranlaßte den Verbandsvorstand, dem diesjährigen ersten Verbandstag der geeinten Organisation in Sena einen Entwurf für die Einführung zu unterbreiten. Der Verbandstag erklärte sich auch im Prinzip mit 301 gegen 97 Stimmen für die Arbeitslosenunterstützung, verbot aber die endgültige Beschlußfassung bis nach der großen Lohnbewegung im Baugewerbe. Über auf dem außerordentlichen Verbandstag, der zum Abschluß der Lohnbewegung Stellung nahm, fand wieder Erwarten eine Vorlage für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung statt; die notwendige Zweidrittelmehrheit. Der Vorstand wurde beauftragt, die Vorlage durch Veröffentlichung zur Kenntnis zu bringen. Spricht sich ein Viertel der Zweigvereine, die mindestens die Hälfte aller Mitglieder umfassen, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, so soll der Vorstand

beauftragt sein, zur Erledigung dieser Frage einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.“

Die Voraussetzungen dieses Antrages wurden erfüllt. Bis Ende September hatten sich 500 Zweigvereine mit etwa 200 000 Mitgliedern (von circa 330 000) für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und für die Vorlage der Kommission ausgesprochen. Verbandsvorstand und Beirat beschloßen darauf, den geforderten außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.

Der Vorstand unterbreitete dieser Tagung die von der Kommission ausgearbeitete Vorlage. Nach dieser Vorlage können die Mitglieder nach einjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft und Leistung von mindestens 44 Wochenbeiträgen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung beziehen. Die Arbeitslosenunterstützung am Orte wird im Verlaufe eines Jahres bis zur Höchstdauer von 8 Wochen (18 Tage) gezahlt. In den Monaten Januar und Februar wird keine Arbeitslosenunterstützung gewährt. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Beitragsklasse und der Dauer der Mitgliedschaft. Sie steigt von 45 S bis zu 1,30 M in der ersten Beitragsklasse und von 1 M bis zu 3 M in der sechsten Klasse.

Die Beiträge müssen natürlich bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Erhöhung finden. Sie betragen zurzeit je nach dem Stundenlohn in der ersten Klasse bei 35 S Lohn 40 S, dann um je 10 S steigend bis zu 90 S in der sechsten Klasse bei einem Stundenlohn von über 75 S. Von diesen Beiträgen verbietet bisher ein Fünftel der Lokalkasse. Nur sollen diese Beiträge ganz an die Zuschlagkassen erhoben, der in den drei untersten Klassen nicht weniger als 20 Prozent und in den drei obersten nicht weniger als 25 Prozent des Verbandsbeitrags betragen darf. Die Beiträge sollen für 44 Wochen (bisher 40) erhoben werden. Als Termin für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung schlug der Vorstand den 1. Juli 1914 vor.

Verbandsvorsitzender P ä p l o w hielt das einleitende Referat. Er betonte, der Vorstand könne über die Vorlage nicht hinausgehen und müsse es absehen, daß die Unterstützung schon jetzt auf die beiden Monate Januar und Februar ausgedehnt werde. Ebenfalls wandte P ä p l o w sich auch gegen Anträge, die Unterstützung schon vor dem 1. Juli in Kraft treten zu lassen.

In der Diskussion erklärten sich die meisten Redner für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Gestimmt wurde im einen früheren Einführungstermin, und zwar wurde der 1. März vorgeschlagen. Ebenso traten zahlreiche Redner für die Ausdehnung der Unterstützung auf das ganze Jahr ein.

Bei den Abstimmungen wurde die Vorlage nach den Vorschlägen des Vorstandes angenommen. Als Einführungstag wurde jedoch der 1. April festgesetzt. Vorher hatte sich der Verbandsvorstand für einen Kompromißantrag, der den 1. Mai vorschlug, erklärt. Dieser verteilte jedoch mit 105 gegen 158 Stimmen der Ablehnung.

Als Uebergangsbestimmungen wurde festgesetzt, daß Mitglieder, die bis zum Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung dem Verbande zwei Jahre angehören und 80 Beiträge bezahlt haben, sofort in der ersten Altersstufe bezugsberechtigt sind. Mitglieder, die dem Verbande vier Jahre angehören, sind in der zweiten, die ihm sechs Jahre angehören, in der dritten, die acht Jahre dem Verband angehören, in der vierten und die zehn Jahre dem Verband angehören, in der fünften Altersstufe bezugsberechtigt.

So ist nun auch der Bauarbeiterverband in die Reihe der Organisationen eingetreten, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Ganz zweifellos werden ihm andere Organisationen des Bauberufs auf diesem Wege folgen müssen.

Die internationale Diamantindustrie

liegt schon seit längerer Zeit danieder. In welchem Umfange dies liegt geltend macht, geht aus einem Bericht der K ö n i g l i c h e n Zeitung in Nr. 1637 vom 4. Dezember über die am 1. Dezember abgehaltene Jahresversammlung des Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Bundes hervor. Der Vorsitzende Henri P o l a t erklärte nach diesem Bericht den jetzigen Zustand als unhaltbar:

„Die Lage der Arbeiter ist verzweifelt, die meisten müssen keinen Rat; seit 2 1/2 Jahren beträgt die Anzahl der Arbeitslosen in der Woche 2000, und in den letzten Wochen ist diese Zahl selbst auf 2600 gestiegen, wozu noch einige hundert nach Antwerpen ausgewanderte Bundesmitglieder und ferner Hunderte von Arbeitslosen in den Bundesverbänden kommen, so daß also wenigstens 40 vom Hundert der Diamantarbeiter im Augenblick bei schäftigungslos sind, ein Zustand, wie ihn keine andere Industrie der Welt darbietet. Die Henri P o l a t weiter ausführte, liegen die Ursachen dieses jammervollen Zustandes außerhalb der Einflussphäre des Bundes. Sie sind auf politischem und international-wirtschaftlichem Gebiet zu suchen: die Folgen des Weltkrieges machen sich seit länger als einem Jahr geltend, und was das Hauptabgabegeld der Diamantindustrie, Amerika, betrifft, so ist auch hier eine geradezu schreckenerregende Abnahme der Nachfrage eingetreten. Einen Augenblick, so führte der Redner aus, begann ein Hoffnungsstrahl zu leuchten, daß durch eigene Betätigung der Industrie neues Leben eingehaucht würde, aber dann tauchte plötzlich eine neue Gefahr aus Rümberley auf, denn in der Versammlung der Aktionäre der De Beers-Gesellschaft äußerte sich deren Vorsitzender dahin, daß die Haltung der Weltverbände, besonders der von Deutsch-Südafrika, die De Beers-Gesellschaft zur Vergeltung zwingen könne. Damit war die schrankenlose Förderung gemeint, aus der ein Preiskrieg hervorgehen könne. Dieser Bericht hat sowohl in Antwerpen als in Antwerpen gewaltiges Aufsehen gemacht; wenn die Drohung zur Tatsache würde, dann müßten die Fabrikanlagen ihre Anlagen schließen. Die Auswirkungen des Vorsitzenden der De Beers-Gesellschaft sind gemacht worden, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Diese hat, wie bekannt, seinerzeit eine Regie errichtet, mit der sie den Diamanthandel zu betreiben gedachte. Diese Regie hat dann mit dem Syndikat in Antwerpen einen Vertrag zum Verkauf von Rohdiamanten geschlossen zuerst für unbeschränkte Lieferung, dann für eine Million Karat für das Jahr. Die wirkliche Leistung betrug aber 1 300 000 bis 1 400 000 Karat. Dadurch haben sich ungeheure Vorräte in verschiedenen Händen angehäuft und man sah die Notwendigkeit der Beschränkung der Förderung ein, um eine Katastrophe zu verhüten. Die deutsche Regierung hat dies auch begriffen, da aber die Produzenten in Afrika von einer Beschränkung der Förderung nichts wissen wollten, wurde die Regie abgelehnt und die Gruben kamen unter direkte Verwaltung der deutschen Regierung. Letztere hat dann mit der De Beers-Gesellschaft Unterhandlungen angestellt, deren Inhalt bis jetzt geheim geblieben ist, aber man wird wohl annehmen dürfen, daß die deutsche Regierung einen mehr oder weniger organischen Verband mit der De Beers-Gesellschaft zu erreichen suchte. Kommt dieser zustande, dann ist auch die Möglichkeit eines Wiederauflebens der Diamantindustrie gegeben.“

Wie in den Berichten über die Lage der deutschen Diamantarbeiter schon wiederholt zum Ausdruck kam, leiden auch diese unter den jetzigen Verhältnissen. Wenn auch die Arbeitslosigkeit sich in Deutschland nicht in so erschreckender Weise geltend macht wie in Holland, so mußte doch mehr als einmal in deutschen Diamantzentren alles aufgegeben werden, um Verschlechterungen zurückzuweisen. Verschlechterungen, die die deutschen Unternehmer unter Hinweis auf die allgemeinen Verhältnisse und zum Teil auch mit Hilfe Antwerpener Agenten glaublich machen zu können. Die Zustände in der deutschen Diamantregie wurden durch die stets steigende Förderung und die sich vermindern den Abgabegeldern unhaltbar. Die deutschen Diamantarbeiter haben deshalb wiederholt auf die Notwendigkeit einer Förderungsbeschränkung hingewiesen. Am 17. November endlich wurde durch die Kolonialverwaltung bekanntgegeben, daß nun durch die Regierung eine Beschränkung der Förderung herbeigeführt werden soll, da dies im Wege der Verständigung mit den im Ausschicht der Regie befindlichen Förderern nicht möglich war. Diese Neuordnung der Dinge soll eingeleitet werden durch eine Generalsammlung, die nach den Freiberger Nachrichten wahrscheinlich von den mit der Berliner Handels-Gesellschaft sich solidarisch fühlenden Banken veranlaßt wird. Diese

Generalsammlung soll eine Art Liquidation beschließen. Sämtliche Anteile, die der Förderer wie die der Werke, wird der Fiskus erwerben. Die Frankfurter Zeitung schreibt hierzu:

„Alle Ausschichtmandate erledigen sich damit offenbar von selbst. Kapitalmäßig wurde diese Interessierung der Förderer derart festgelegt, daß die am Regiebetrieb beteiligten Banken die Hälfte ihres Vermögens, also 1 Million von 2 Millionen Mark Anteilen zur Verteilung unter die Förderer zur Verfügung stellen. Die Banken verfügen also heute direkt über 50 Prozent aller Stimmen in der Regie, indirekt aber über einen noch erheblich stärkeren Stimmeneinfluß, da mehrere der, besonders der größeren Förderer, Bankeneinfluß bei der Ausübung des Stimmrechts zugänglich sind. Da die Banken die Politik Solfs unterstützen, verliert das Kolonialamt über die praktische Möglichkeit, seine Verwirklichung der Regie auch gegen den eventuellen Widerstand der kleineren Förderer, soweit sie opponieren, durchzusetzen. Auf diese Weise macht sich das Kolonialamt zum Herrn der Regie und kann dann nach seinem Gutdünken entweder den Ausschicht neu besetzen oder aber einen Beirat ernennen, den es nach seinem Bedürfnis auswählt. . . Den Anschlag werden aber die Förderer, wenn das Projekt in dieser Form verwirklicht ist, nicht mehr geben, und damit erscheint der deutsche Diamantvertrieb künftig vor Erwägungen äußerer Art noch mehr behütet als vor Mischlichkeiten interner Art. Verlangen muß man allerdings, daß die öffentliche Rechnungslegung die gleiche bleibt wie bisher, sowohl was die Methoden wie die Geschwindigkeit anbelangt.“

Und wir fügen hinzu: Verlangen muß man ferner, daß dann mehr als bisher die Interessen der deutschen Diamantarbeiter gewahrt werden, indem ihnen für gute Leistung eine entsprechende tariflich geregelte Entschädigung zugesichert wird, womit ebenfalls wieder der deutschen Diamantregie gebietet wäre. Auch die Schundarbeit, die durch Antwerpener Agenten eingeschleppt wurde, ist die wahrlich nicht zur Hebung des Ansehens der deutschen Ware dient — sollte dauernd zurückgewiesen werden.

Anfangs dieses Monats ist außerdem noch berichtet worden, daß das Reichskolonialamt sich bereit, nun außer der Einschränkung des südafrikanischen Diamantbetriebes auch den Verkauf entsprechend zu regeln. Den Förderern bleibt noch die Möglichkeit, sich eine Drittelförderung des Diamantabgabegeldes durch geeignete betriebliche Maßnahmen einzuleiten. Soviel steht fest, daß der Absatz für das Jahr 1914 um ein Drittel reduziert wird. Da die bestehende Kapitalität in der Diamantindustrie international ist, wie schon aus den Ausführungen Solfs hervorgeht, so ist zu erwarten, daß eine vorübergehende Einschränkung, international durchgeführt, dazu beiträgt, auf dem Diamantmarkt das Gleichgewicht wieder herzustellen. Dies liegt auch im Interesse aller Diamantarbeiter, die durch eine planlose Produktionsweise den meisten Schaden erleiden.

Noch mehr Streikbrecherstrafe nötig?

Der Schmied L. stand am 9. Dezember vor dem Schöffengericht IV zu Hamburg unter der Anklage der M ö t t l i g u n g. Am 26. August, während des Ständebestreichs, hatte er den 19jährigen Arbeitsschlichter F r i e d r i c h G ö t t e r i c h getroffen und ihn aufgefordert, den Kollegen doch nicht in den Rücken zu fallen. Als G ö t t e r i c h weitergehen wollte, faßte L. ihn am Arm und wollte noch auf ihn einreden. G ö t t e r i c h riß sich aber mit Gewalt los und dadurch wurde ihm der Knieel etwas eingerissen. L. sollte dann noch gerufen haben: „Wenn du nicht bald aufhörst, schlage ich dir die Knochen entzwei.“ Der Ankläger beantragte nicht weniger als drei Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch auf 30 M G e l d s t r a f e. — Wir meinen, daß diese Strafe schon hart genug ist, vorausgesetzt, daß der Angeklagte wirklich die Ungehörigkeit begangen hat. Immerhin kann er noch froh sein, daß er noch verhältnismäßig glimpflich davongekommen ist, hauptsächlich wenn man bedenkt, daß andere Gerichte schon Handlungen mit schweren Strafen belegt haben, die man mit dem besten Willen nicht als strafwürdig ansehen kann.

Arbeiter, führe dich über deine Einnahmen!

Das Einkommen des Arbeiters besteht meistens nur in seinem Lohn. Der Lohn des Kalendersjahres bildet in Preußen die Grundlage für die Steuerbelastung des laufenden Steuerjahres, zum Beispiel für die Zeit vom 1. April 1913 bis zum 31. März 1914. Die Unternehmer sind verpflichtet, dem Gemeindevorstand die erforderlichen Angaben über Gehalt, Lohn und sonstige Bezüge ihrer Arbeiter zu machen. Diese Angaben erstrecken sich regelmäßig auf die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September und es wird dann von der Veranlagungskommission aus dem Lohn dieser neun Monate das Einkommen eines Jahres errechnet und der Arbeiter dementsprechend veranlagt. Jeder Rechenfehler des Beamten oder des Unternehmers, der das Einkommen des Arbeiters zu hoch ansetzt, muß daher vom Arbeiter mit Steuern gebüßt werden, wenn es ihm nicht möglich ist, den Nachweis zu erbringen, daß er einen geringeren Jahreslohn gehabt hat. Bei der letzten Veranlagung wurde ein Hilfsarbeiter mit 21 M Einkommensteuer und 1 M Zuschlag veranlagt. Sein Einkommen hätte demnach über 1500 M betragen müssen, während er nach seinen Aufzeichnungen und den vorhandenen Lohnblättern nur 1348 M verdient hatte, ein Einkommen, das einen Steuerbetrag von 12 M und 60 S Zuschlag rechtfertigte. Da er den Nachweis erbrachte, daß er nur 1348 M verdient hatte, mußte selbstverständlich sein Steuerbetrag ermäßigt werden. Das um 200 M zu hoch angelegte Einkommen war auf einen Rechenfehler zurückzuführen. Da in der Gemeinde 190 Prozent Zuschlag auf Gemeindeabgaben erhoben werden, verbietet der Arbeiter durch seine genaue Buchführung den Betrag von 17,10 M Gemeinde- und 9,40 M Staatssteuer, zusammen 26,50 M, so ziemlich einen Wochenlohn. Seine Buchführung und die kleine Mühe hatte sich also reichlich bezahlt gemacht.

Ohne Aufzeichnungen wird es dem Arbeiter noch schwerer, sein Einkommen nachzuweisen, wenn er bei verschiedenen Firmen gearbeitet hat. So mancher Unternehmer weigert sich, dem Arbeiter, der bei ihm nicht mehr in Arbeit steht, einen Lohnauszug auf eine bestimmte Zeit zu geben. Eine Verpflichtung hierzu besteht für ihn nicht. Gemeinhlich wird die Abweisung der Bitte damit begründet, daß der Lohn der Gemeindebehörde angegeben sei. Fehlerhafte Angaben kann der Arbeiter nur dann richtigstellen, wenn er sich sein Einkommen nach der Höhe, den Ort und den Unternehmer selbst aufzeichnet und diese Aufzeichnungen gut verwahrt.

Wichtig für den Arbeiter und seine Hinterbliebenen wird aber die genaue Kenntnis des verdienten Lohnes auch dann, wenn er einen Unfall erleidet, wo Krüppel wird oder gar an den Folgen des Unfalls stirbt. Die Berufsgenossenschaft ist auf die Lohnangabe des Unternehmers angewiesen. Dieser zahlt seine Beiträge an die Berufsgenossenschaft nach der Höhe der gezahlten Löhne. Je weniger er angibt, desto billiger kommt er davon. Sehr oft kommen Arbeiter und bezahlten, daß der ihrer Rentenberechnung zugrunde gelegte Jahresverdienst zu niedrig sei. Ist eine Aufzeichnung nach Ort und Zeit vorhanden, so läßt sich mit Sicherheit der im Jahre vor dem Unfall verdiente Lohn feststellen. Da jetzt der Lohn bis zu 1800 M voll angerechnet wird und darüber hinaus mit ein Drittel, wird die Rente durch den höheren Jahresverdienst wesentlich gehoben. Ist der Jahresverdienst, der der Rentenberechnung zugrunde gelegt ist, erst durch rechtskräftigen Bescheid festgesetzt, dann ist eine Berichtigung später unmöglich. Es gilt also, die Unterlagen für den Verdienst möglichst bald zu beschaffen. Beht der Unfallverletzte, dann gelingt es wohl, den richtigen Lohn festzustellen. Ist er aber zu Tode gekommen, dann fällt das bedeutend schwerer. Die Witwe ist in vielen Fällen über den Lohn nicht genau unterrichtet. Der Ehemann ließ seine Frau im unklaren, zumal wenn er Ueberzeit gearbeitet hat, um sein Taschengeld erhöhen zu können. Hier bringt dieses Miskrauen der Eheleute gegeneinander den Hinterbliebenen einen dauernden Schaden. Die Witwen der Kinder bleiben bis zum vollendeten 15. Lebensjahre und die der Witwe bis zu ihrem Tode oder der Wiederverheiratung dauernd auf der festgesetzten Höhe. Wenn der Ehemann in der Buchführung lässig ist, dann sollte die Frau davor um so eifriger sein.

Die genaue Kenntnis des verdienten Lohnes ist auch für die Unterbringung in Krankenkassen erforderlich, und

zwar überall da, wo die Beträgler der Lohnhöhe nach festgesetzt sind. Bei der Arbeiter einen Lohn verdient, der ihn in eine höhere Klasse bringt, als er Beiträge entrichtet, dann muß die Krankenkasse ihn nach der Höhe des Lohnes, nicht nach der Klasse unterstützen, für die er Beiträge zahlte, weil nur der Lohn maßgebend ist. Liegt der Fall umgekehrt, dann drückt die Krankenkasse, besonders wenn eine Betriebskrankenkasse in Frage kommt, schon von selbst die Unterstützung auf die niedrigere Klasse herab. Wir haben aber noch keinen Fall erlebt, daß die Klasse die höhere Unterstützung zahlte, wenn der Lohn zum Bezug der höheren Klasse berechtigt. Da befristete Arbeiter immer erst dringender Klammern, wenn nicht gar der Beschwerde oder Klage.

Bei drohender Pfändung und Beschlagnahme des Lohnes ist die genaue Kenntnis des Verdienstes eines zurückliegenden Jahres besonders wichtig, weil nach dem Gesetz über die Beschlagnahme des Dienstlohnes nur der Betrag der unbeschränkten Pfändung unterliegt, der im Jahre 1500 M. übersteigt. Hat der Arbeiter einmal zufällig einen Wochenlohn, der, mit 52 multipliziert, 1500 M. übersteigt, dann kann er nicht mit Erfolg gegen die Pfändung am Amtsgericht erinnern, falls er nicht nachweisen kann, daß trotz des zufälligen höheren Wochenlohnes sein Jahresverdienst pfändungsfrei bleiben muß.

Süttnerarbeiter und Knappschäftsvereine.

Es gibt eine Anzahl Knappschäftsvereine, deren Mitglieder vorwiegend Süttnerarbeiter sind. Während die Knappschäftsvereine, wo Betgarbeiter die Vorstand haben, schon seit Jahren bestrebt waren, ihre Statuten zu ändern, Besserungen zu schaffen, sieht es in den anderen noch trostlos aus. Die Süttnerarbeiter scheinen sich noch viel zu wenig mit der Knappschäftsfrage zu beschäftigen. In Vergleich zwischen den Pensionisten, die im Bochumer Knappschäftsverein bestehen, gegenüber etlichen Vereinen, wo die Mitglieder Süttnerarbeiter sind, ergibt folgendes Bild:

nach einem Dienstalter von	10	20	30	40	45	Jahr.
Bochumer R. V. nur eine Kl. f. Arb.	228,80	384,80	481,-	562,40	652,60	
Mülener R. V., 1. Klasse	124,80	218,40	312,-	405,60	452,40	
" " " 2. " " "	93,60	164,40	252,00	306,-	341,40	
Düper R. V. nur eine Arbeiterkl.	96,-	192,-	240,-	288,-	312,-	
Siegerer R. V.	108,-	156,-	204,-	252,-	276,-	
Stromberger Neuhütte, 1. Klasse	90,-	126,-	162,-	198,-	216,-	
" " " 2. " " "	66,-	90,-	114,-	138,-	150,-	

Die Witwenpension beträgt in diesen Vereinen nach einer Dienstzeit des verstorbenen Mannes

von Dienstjahren monatlich	10	20	30	40	45
Bochumer R. V., Arbeiterklasse	11,27	16,68	23,61	32,70	37,70
Mülener R. V., 1. Klasse	5,20	9,10	13,-	16,90	18,85
" " " 2. " " "	3,96	6,85	9,80	12,75	14,23
Düper R. V., Arbeiterklasse	4,-	8,-	10,-	12,-	13,-
Siegerer R. V.	4,50	6,50	8,50	10,50	11,50
Stromberger Neuhütte, 1. Klasse	7,50	10,80	13,50	16,50	18,-
" " " 2. " " "	5,50	7,50	9,50	11,50	13,50

Diese Zahlen zeigen, daß in den Knappschäftsvereinen noch sehr viel für die Arbeitervertreter zu tun übrig bleibt. Besonders muß überall für Verschmelzung der Aktien und daher leistungsunfähigen Vereinen eingetreten werden. Je größer die Knappschäftsvereine, desto leistungsfähiger sind sie. Doch bis der Gedanke der Verschmelzung sich durchsetzt und praktische Wirksamkeit wird, muß alles getan werden, dafür zu sorgen, daß die zu niedrigen Pensionen erhöht werden.

„Christlicher“ Wahlbetrieb.

Am 15. Dezember wurden in Karlsruhe die Vertreter zur Ortskrankenkasse gewählt. Dort war unter anderem auch von einem Ausschuss für soziale Angelegenheiten ein Wahlvorschlagn aufgestellt worden. Unter diesem Ausschuss verbargen sich hauptsächlich die „Christlichen“ sowie eine Anzahl kleiner und kleiner Ausarbeiterverbände. Welche Ansichten über die Höhe organisierter Arbeiter in diesem Ausschuss herrschen müssen, mag folgender Brief zeigen, den der Vorsitzende des Ausschusses, der „Christliche“ Arbeiterleiter Motz, an eine Anzahl karlsruher Unternehmer geschickt hat. Herr Motz schrieb:

„Euer Hochwohlgeborn! Am 15. Dezember haben hier die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt, und zwar nach dem Proporzsystem. An der Wahl beteiligten sich auch die auf nationalem und sozialistischem Boden stehenden Organisationen beider religiösen Bekenntnisse, inwieweit sie dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten angegeschlossen sind. Wir hoffen, dadurch die Macht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Krankenkasse zu brechen und auch der nichtsozialdemokratischen Arbeiterpartei eine ihrer Stütze entsprechende Vertretung in den Organen der Krankenkasse zu erringen, vorausgesetzt, daß uns die nötigen Geldmittel zur Betreibung einer intensiven Agitation zur Verfügung stehen.

Nun hat die kirchliche Gewerkschaftswahl unsere Mittel fast ganz erschöpft. Wir richten daher an Euer Hochwohlgeborn die ergebene Bitte, sich die diesbezüglichen Vorschläge mit einem kleinen Beitrag unser Bestreben unterstützen. Wir nehmen an, daß auch Euer Hochwohlgeborn viel an einem Siege der nichtsozialdemokratischen Arbeiterpartei über die sozialdemokratische gelegen ist. Ein Vertrauensmann wird in den nächsten Tagen bei Euer Hochwohlgeborn mit einer Sammelliste nachsprechen und bitten wir, dasselbe, dasselbe nicht leer ausgehen lassen zu wollen.

Für freundliche Gaben im vorans besten dankend, zeichnet
Ausschuss für soziale Angelegenheiten
Motz, Vorsitzender.“

Reizend werden manche Unternehmer den Sozialisten, wenn „Sozialisten“ in solcher Weise angesprochen werden. Man kann aber aus diesem Beispiel sehen, auf welche Weise die „Christlichen“ ihre Wahlfolge ergibt haben.

Einblicke in die gelbe Periode

möglichst eine im Verlage des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes erscheinende Broschüre mit der Überschrift: „Die Gelben. Geschichte der gelben Schuttruppe der Arbeitgeberverbände der Schweiz.“ Von H. Szöll-Gröblich. Der Verfasser bezieht sich selber als Gegner des Klassenkampfes und der Sozialdemokratie. Er meint, daß es besser sei, wenn die Arbeiter ihre Interessen nur auf „wirtschaftlicher“ Weise vertreten. Er wollte an die Stelle der rührenden Methode des Klassenkampfes die industrielle Diplomatie setzen. Ferner war Szöll-Gröblich eine besondere Verdiensterwartung des Gewerkschaftlichen Dr. Edmund Seliger-Bugler. In die Öffentlichkeit trat Szöll-Gröblich im September 1912 als Herausgeber der Freien Arbeiter-Zeitung, die mit Hilfe der Schweizer Unternehmer und ihrer Organisationen gegründet wurde. Um das Wort unter die Arbeiter zu bringen, traten etliche Gewerkschaften die Adresse ihrer Arbeiter mit. Einige gaben bezügliche Tag-Veranstaltungen, andere die Mitgliedschaften her. Auch wurden Versuche gemacht, weitere „wirtschaftliche“ Arbeiterorganisationen zu gründen. Es kam aber nur eine zustande: der „Freie Schweizerische Metallarbeiter-Verband“ in Winterthur. Diese ganze „gelbe Bewegung“ in der Schweiz, entwickelte sich jedoch anders, als Szöll-Gröblich gedacht hatte. Der „Freie Arbeiter-Verband“ im Jura machte eine Bewegung der Schweizer Gewerkschaften von Zürich aus zu unterbinden. Dies und verschiedene andere Bemerkungen trugen Szöll-Gröblich in Streit mit den anderen Gruppen der „Freien Arbeiterbewegung“ in der Schweiz. Es kam dann so weit, daß er von seinen Hinterbänkeln entlassen wurde und nach 3000 Fr. Schadlosgeld angeboten erhielt. Auf diese bezugte er und ging dann ohne zum Schaden gegen seine Hinterbänke „Kritiker“ über. Jüngere machte er Entschuldigungen im Rückblick, die die „Freie Arbeiterbewegung“ nicht in der Schweiz, sondern in der Schweiz einige Punkte gegen seine ehemaligen Genossen. Wir können natürlich nicht auf alle die (zum Teil ziemlich unangenehm) Einzelheiten

eingehen, die Szöll-Gröblich in seinem Buch schildert. Ein großer Teil von diesem ist einem gewissen Weidner gewidmet, der früher Redakteur der sozialdemokratischen Winterthurer Arbeiterzeitung war, jetzt aber gegen 6000 Fr. Jahresgehalt die Arbeiterbewegung bekämpft.

Eine interessante Einzelheit möge hier aber noch Platz finden. Szöll-Gröblich erzählt auf Seite 95 und 96: „Von einer Nummer der Zeitung ließ ich eine Anzahl auf der Straße verkaufen. Ich verwendete dazu auch einen Arbeitslosen, den mir der Arbeiterbund zuschickte. Ich gab ihm 200 Exemplare, von dem Erlös sollte die Hälfte ihm gehören. Der Mann ging, kam jedoch nicht mehr. Nach acht Tagen schickte er mir eine Postkarte: „Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich alle Zeitungen verkauft habe, es tut mir aber leid, Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich das Geld veruntreut habe.“ — Ich mußte nicht, war das Geld freigegeben oder hat ihm der Alkohol noch immer im Kopf. Kurze Zeit später lief er mir auf der Straße zwischen die Beine. „Sie,“ sagte ich, „wissen Sie, daß Ihnen die Geschäfte unangenehm werden kann? Das ist doch eine Schande...“ Er unterbricht mich. „Mit unangenehm werden? — Wieso denn mir?“ Dann tippt er mir auf die Schulter und fährt fort: „Ihnen, — aber nicht mir.“ — „Sie sind wohl...“ „Ja,“ lacht er und schreut sich den Hut in den Hinterkopf. „Ich bin ja Mitglied vom Freien Arbeiterbund und wenn Sie mich anzeigen, dann haben Sie die Schande und nicht ich!“ Der Mann kannte keine Pappenheimer.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Ein Arbeiter Weltreise. Von Fritz Kummer. VIII und 420 Seiten. Mit über 100 Bildern. In Leinen gebunden. Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart. Preis 4,50 M. Für Gewerkschaftsmitglieder bei Partienbezug durch Kartelle und für Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes durch die Verwaltungstellen zum Vorzugspreis von 3 M. — Der Verfasser des Buches ist den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung kein Fremder. Kollege Kummer (Schagin) hat vor einigen Jahren schon mehrere Artikel über seine Beobachtungen und Erfahrungen in Amerika und Japan in diesen Blättern veröffentlicht. Was er nun in dem Buche bietet, ist nicht etwa ein Nachdruck dieser Artikel, sondern eine fast vollständig neue Arbeit. Unsere Leser kennen ja auch bereits den Stil und die Darstellungsmittel Kummer, sie wissen, daß er interessant und lehrreich zu schätzen versteht. Die Käufer des Buches werden schon aus diesem Grunde voll auf ihre Rechnung kommen. Das Buch ist zudem vom Verlag technisch sehr gut ausgestattet. Über 100 Bilder unterstützen die Anschaulichkeit der textlichen Schilderungen. Auf einer beigegebenen Karte können auch die Spuren des Weltreisenden einigermaßen verfolgt werden. Wir können deshalb die Anschaffung des Buches bestens empfehlen. — Wir geben nachfolgend die fünf Haupt- und zahlreichere Unterabschnitte wieder: Erster Teil: Von Eisenach bis Newjork. Der Abschied von der Heimat — In Nord der Sibirien — Der Plan für die Weltreise — Die neue Welt zeigt sich — Zweiter Teil: Zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Weltmeer. Newjork — Großjerusalem — Wohnung, Kost und Freizeits — Bei Ostel Sam in der Volksschule — Auf der Suche nach Arbeit — Im Schraubstock — Mit den sozialistischen Arbeitern — Bundeshauptstadt und Bundesregierung — In Pittsburg auf der Zimmerfunde — Die Eisenbahn — Vom neuen Babel — In Stahlwerk an der Arbeit — Arbeitslöhne in der Stahlindustrie — Der Eintritt in die gewerkschaftliche Zunft — Die Negers fünfzig Jahre nach ihrer Befreiung — Über das Meisen in Amerika — Chicago — St. Louis — Das deutsche Glend in der neuen Welt — Amerikanisches — Westwärts — Kalifornien — Das „Wunder der Welt“ — Gewerkschaften und Arbeitslöhne am Goldenen Tor — Verdienst, Arbeitsanpassung und Lebensunterhalt — Hollandland, adel — Inpawards — Dritter Teil: Im Lande der aufgehenden Sonne. Japans Umwälzung — Die Ankunft in Japohama — Im japanischen Gasthaus — Bei einer Arbeiterfamilie — Tokio — Die Befestigung des Japohama — Nordpatriotismus und Ungehorsamkeit — Vom proletarischen Heim — Die japanische Frau in Ehe und Gesellschaft — Diebesgewerbe und Liebesstadt — In Fabriken und Bergwerken — Industrie, Arbeiterlöhne und Lebenshaltung — Von der japanischen Arbeiterbewegung — Zwischen Osaka und Kagasaki. — Viertes Teil: Von China nach Palästina. Shanghai — Der chinesische Arbeiter — Hongkong — Von Singapore über Kolombo nach Port Said — In gelobter Land. — Fünftes Teil: Über Kairo zurück in die Heimat. Kairo und die Pyramiden — Wieder in Europa — Die Kosten der Weltreise.

Ein Weltbuch. Wohl wird das Ansehen an August Bebel in den Herzen des Proletariats lebendig bleiben, da sein Werk lebendig ist und täglich neues Leben hervorruft, nichtsdestoweniger wird der Wunsch, das Erdenwallen und Schaffen unseres Vorkämpfers näher kennen zu lernen, gerade jetzt, da der Schmerz über seinen Verlust noch frisch ist, in weiten Arbeiterkreisen vorhanden sein. Zwar hat August Bebel in seinem Reminiscenz „Aus meinem Leben“ und den besten Anknüpfung über seine Persönlichkeit und sein Wirken für die Partei gegeben. Aber er konnte dieses Werk nicht vollenden, außerdem ist es auch nicht allen Arbeitern zugänglich. Es ist daher nur zu begrüßen, daß die Buchhandlung Vorwärts schon wenige Wochen nach dem Hinscheiden Bebel's mit einem Büchlein heranstelt, das dem Gedächtnis und der Würdigung des unvergesslichen Vorkämpfers gewidmet ist. Genosse Hermann Zundel zeichnet in der Schrift knapp und doch anschaulich ein Lebensbild August Bebel's und stellt ihn plastisch als Mensch, Parteiführer und Politiker vor unser geistiges Auge. Die Schrift hat tatsächlich den großen Vorzug, daß sie nicht allein mit dem Kopf, sondern, wie der Verfasser sagt, mit dem Herzen geschrieben ist; sie wird sicherlich auch zu Herzen sprechen. Die 108 Seiten parte Schrift ist würdig ausgestattet und enthält ein farbiges Bild des großen Bebel nach dem Porträt von Zwaner. Der Preis ist 1 M. Eine ungefügte Deckungsansgabe kostet 50 S. Wir wünschen dem Büchlein die weiteste Verbreitung.

Wissenschaftliche Beobachtung des Wirtschaftslebens für die geschäftliche Praxis. Von Wilhelm Bogel. Berlin 1913. Verlag für Sprach- und Handelswissenschaft E. Simon. 100 Seiten. Preis 1 M. — Wie wird die Konjunktur? Diese Frage steht gerade gegenwärtig im Vordergrund des Interesses. An der Börse, an Arbeitsmarkte und an den Warenmärkten zeigen sich bedenkliche Symptome, die in weiteren Kreisen eine gewisse Krisenstimmung und eine pessimische Unsicherheit der geschäftlichen Dispositionen ausgelöst haben. Wilhelm Bogel führt in seiner Konjunkturbeobachtung die wissenschaftlichen Hilfsmittel der statistischen Beobachtung des Konjunkturverlaufs vor und zeigt, daß auf Grund der Beobachtungen der wirtschaftlichen Entwicklung sehr wohl eine Prognose für die Konjunkturänderung in der Zukunft möglich ist. Er läßt den Leser gewissermaßen einen Blick in den reichhaltigen Informationsreichtum des Wirtschaftslebens tun. Besonders eingehend bringt der Verfasser die den dem bekannten Wirtschaftswissenschaftler Richard Gadow eingesparten Methoden der Konjunkturbeobachtung zur Darstellung. Volkswirtschaft, Politik, Gewerkschaftswesen, Industrie, Kapitalismus, Handel, Verkehr und andere wirtschaftliche Bereiche besonders interessierte Persönlichkeiten werden sich gern über die Fortschritte auf einem der allernächsten Gebiete der Wissenschaft orientieren lassen, zumal weil der Verfasser sich besonders bemüht hat, diese Materie auch dem Laien verständlich darzustellen.

Wörter für den Arbeiter. Nach dem geschäftlichen Verhältnisse dargestellt. Zweite, durchgesehene Auflage. Mit alphabetischer Inhaltsverzeichnis, Synonymen und Synonymen. Preis 1 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co., Berlin. — Der Inhalt dieses Buches ist außerordentlich reichhaltig. Es führt uns in die Rechte und Pflichten des Arbeiterlebens ein. Es zeigt uns, wie Eingaben

zu fassen sind, die eine etwaige Befreiung vom Militärdienst oder von einer Uebung beabsichtigen, wie es überhaupt in allen die Militärdienstverhältnisse berührenden Fragen leicht verständliche Auskunft gibt. Besonders Interesse begegnet stets die Frage, welche Forderungen ganz oder teilweise vom Dienst im stehenden Heere oder in der Ersatzreserve befreien. Der vorliegende Führer gibt über die Fragen erschöpfend Auskunft und gibt gleichzeitig eine Erläuterung und Erklärung der auf den Militärpapieren vermerkten Zeichen, die den Gesundheitszustand des Inhabers betreffen. Alles in allem: der Führer ist nicht nur denen unentbehrlich, die etw in das Militärdienstverhältnis treten müssen oder sich in diesem befinden, sondern er ist auch für alle wichtig, die über die Dienstpflicht des deutschen Volkes unterrichtet sein wollen. Der geringe Preis macht eine allgemeine Anschaffung möglich. Zu beziehen ist das Büchlein in allen Buchhandlungen.

Vorbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)
Samstag, 20. Dezember:
Schweizerhause. Dito Kaffi, half 1.
Mittwoch, 24. Dezember:
Sagen-Oberhagen. Piller, half 9.
Freitag, 26. Dezember:
Dannover (Schlagm.) Gewerksch., 10.
Samstag, 27. Dezember:
Augsburg. Gesellschaftsbrauerei 8.
Baden-Waden. Brauwerkstätten, half 9 Uhr.
Barmen - Elberfeld - Langenfeld. Wolfers in Langenfeld, half 9 Uhr.
Erfeld-Neudingen. Weies, 7/9 Uhr.
Dortmund (Hofmer u. Gieberecht). Gewerkschaftshaus, half 9 Uhr.
Dortm.-Langschede. Pel. Stelle, 7/9.
Dortmund-Luna. Dieh, half 9 Uhr.
Glatz. Wieje, Grünwintler, 7/9.
Reg. Gewerkschaftshaus, half 9 Uhr.
W. Labb. Wieje, (Dreh, Schloß, u. verwandte Berufe), Werg, half 9.
Waldershausen - Friedelsroda. Löwen, Waldershausen, half 9 Uhr.
Waldershausen - Friedelsroda. Hermannsburg, Friedelsroda, half 9.
Widau (Schmiebe). Brauerhölzchen, half 9 Uhr.
Sonntag, 28. Dezember:
Erfeld (Schlosser, Dreher, Hobler u. verw. Berufe). Volkshaus, half 11.
W. Gladbach-Oberendbroich. Jean Krüppel, half 11 Uhr.

Säherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorzuheben. Kollegen die ähnliche Stellungen schon bekleidet haben, erhalten den Vorzug. Die Anstellung erfolgt nach der Beschaffenheit der Bewerber. Generalkonferenz, Geschäftsstelle 3. Gewerkschaften werden an gerechnet. Die Bewerbungen sind bis zum 29. Dezember mit der Umschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Wilhelm Berling, Gefürst, Magdeburger Straße 61, zu richten. Das Bureau für das Agitationsgebiet Lothringen Luxemburg ist von Diebenhoff nach Weh verlegt worden. Die Zuschriften sind zu richten an Fr. Brauner-Breuther, Weh, Deutsche Straße 7 (Gewerkschaftshaus) Wehlar. Die Verwaltungsstellen Wehlar und Gießen laden zusammen einen Geschäftsführer zum baldmöglichsten Eintritt. Bewerber müssen mit allen Agitations- und Verwaltungsbereichen durchwegs vertraut sein. Die Anstellung erfolgt nach den Beschaffenheit der Bewerber. Generalversammlung (Schla 3). Bewerbungen, die Angaben über Alter und Familienstand, Dauer der Mitgliedschaft, Gesundheitszustand, sowie die bisherige Tätigkeit des Bewerbers in der Arbeiterbewegung enthalten müssen, sind bis spätestens zum 29. Dezember an Herrn Fritz Lang, Wehlar, Gelbachstraße, einzureichen.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Erfeld. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht einen neuen **Bediensteten**. Zur Bewerbung zugelassen sind Kollegen, die rednerisch und agitatorisch befähigt sind. Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit und

Geförben. Jean Kircher, Preiser, 64 Jahre, Lungentzündung. Koblenz. Paul Braton, Gefängnismonat, Hirnenleiden. — Wilhelm Wunjen, Brückenbauer, erkrankt. Weiselsloh, Herr. Vitales, Schmiebe, 54 Jahre, Unfall. Sauerhausen. R. Schmidt Schloß, 58 Jahre, Lungentrantheit. Strachburg L. E. Fritz Schmidt, Metallarb., 68 J., Prostataerkrankh.

Privat-Anzeigen.

(Zuschriften betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Lüchtiger Maschinenschlosser, der möglichst in der Steinindustrie tätig war und Diamantfügearbeiter zu behandeln versteht, für sofort gesucht. (2295) Offerten sind unter D. S. 2295 an den Verlag d. Blattes zu richten.

Tüchtige Maschinenschlosser. System Fromme, finden sofort dauernde Beschäftigung bei G. Grandob, Bommberg, Hegnestr. 26/27. (2298)

Sieben erschien im Verlag von Metz, Schönte & Co., Stuttgart:

Einem Arbeiters Weltreise
von Fritz Kummer
Mit über 100 Bildern



Preis 1 M. 3. — bei Bezug durch Gewerkschaften für deren Mitglieder, durch den Buchhandel M. 4.50.

Durch alle Verwaltungsstellen sowie durch unterzeichneten Verlag ist zu beziehen der in Mitgliederkreisen allgemein beliebte

Metallarbeiter-Notizkalender
für das Jahr 1914

Derselbe enthält außer seinem reichhaltigen Text noch Blätter für Cages- und sonstige Notizen, und ist zum erstenmal mit einem guten schreibfähigen Bleistift ausgestattet. Bei dem billigen Preise des Kalenders sollte kein Verbandsmitglied versäumen, sich dieses wichtige und unentbehrliche Nachschlagewerk anzuschaffen.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pf. pro Stück, inklusive Porto. Versand bis zu 10 Exempl. nur gegen Uebersendung des Betrags und unter Berechnung des Portos.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen

Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag
Stuttgers, Rötelfstraße 16 B.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.